Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 184. Freitag, den 9. August 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Internationale Freizügigkeit.

R. C. Auf dem Stuttgarter internationalen Sozialistischen Kongreß, der in acht Tagen zusammentritt, steht ein Punkt auf der Tagesordnung, dessen Bedeutung für die künftige Arbeiterpolitik nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es handelt sich um die Stellungnahme des Kongresses zur Frage der internationalen Freizügigkeit. Während bisher eine Beschränkung dieser Freizügigkeit als unvereinbar mit dem Wesen des Sozialismus charakterisiert wurde, kann man aus einer Reihe von Umständen und Äußerungen schließen, daß die Unterbindung der zügellosen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt keineswegs mehr als ein grundsätzlicher Vorstoß gegen das Wesen des Sozialismus angesehen wird. In einem Artikel der „Neuen Zeit“ über „Proletarische Wanderungen“ kommt Otto Bauer zu folgenden Richtlinien proletarischer Einwanderungspolitik:

„Volle Freizügigkeit für die Auswanderer aus industriell-kapitalistischen Gebieten; energischer Kampf gegen den kapitalistisch organisierten Lohndrücker-Import; Freizügigkeit für die freie Wanderung aus agrarisch-hauswirtschaftlichen Ländern, ergänzt durch ein System wirksamer sozialpolitischer Schutzmaßregeln.“

Mit diesen Forderungen ist die volle und uneingeschränkte internationale Freizügigkeit der Arbeiter aufgegeben. Daß aber nicht nur in der Theorie, sondern auch in der praktischen Politik Maßregeln gegen die internationale Freizügigkeit keineswegs mehr wie früher verachtet werden, dafür spricht die Erörterung eines aktuellen Vorkommnisses in der Presse. Der „Norddeutsche Lloyd“, nicht die Hamburg-Amerika-Linie, beabsichtigt, sämtliche Dampfer seiner Linien nach dem La Plata, Brasilien und Kuba mit chinesischen Heizern und Kohlenziehern zu besetzen. Diese Absicht soll durch den letzten deutschen Seemannsstreik veranlaßt sein. An diesen schon in der Ausführung begriffenen Plan knüpft nun der „Vorwärts“ folgende Bemerkungen:

„Ersetzung freier deutscher Arbeit durch chinesische Kontraktsklaverei, das ist das letzte Wort des Kapitalismus und der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft.“ Aber diese nationalen Herren . . . mögen sicher sein, das ist nicht das letzte Wort der Arbeiterklasse. Chinesische Kulis als Sturmböcke gegen das Koalitionsrecht in Deutschland, das gibt es nicht und darf es nicht geben. Das wird den Herren, wenn sie es notwendig machen, noch genügend klar gemacht werden.“

Der „Vorwärts“ deutet zwar nicht an, auf welche Weise der Import chinesischer Arbeiter unmöglich gemacht werden sollte, aber es ist anzunehmen, daß er an ein gesetzliches Verbot der Verwendung chinesischer Arbeiter auf deutschen Schiffen denkt. Ob freilich gerade der vorliegende Fall derartig liegt, daß Abwehrmaßregeln erforderlich sind, das wäre noch besonders zu untersuchen. Die Feuerarbeit auf den Seeschiffen im Dienste von und nach den Tropen ist für deutsche Arbeiter in einer Weise ungesund und anstrengend, daß man wirklich fragen könnte, ob dafür nicht Arbeiter Verwendung finden könnten, die das tropische Klima besser ertragen, als der Deutsche. Doch das nur nebenbei: jedenfalls wird aber die Gefahr der internationalen Freizügigkeit der Arbeiter immer mehr erkannt, und das ist ein Fortschritt der Auffassung, an den man vor wenigen Jahren noch nicht hätte denken können. So wichtig nun die Anerkennung der Notwendigkeit, unter gewissen Voraussetzungen die internationale Freizügigkeit einschränken zu müssen, auch ist, so fangen die eigentlichen Schwierigkeiten des Problems doch erst dann an, wenn man sich über die Maßregeln zur Erreichung des gesteckten Zieles einigen will.

Es gibt unseres Erachtens keine gemeinsame Formel für alle politisch abgegrenzten Wirtschaftsgebiete, durch die die Einwanderung ausländischer Arbeiter auch nur grundsätzlich geregelt werden könnte. Eine solche Formel ist nicht zu finden, da das wirtschaftliche und kulturelle Niveau aller Länder äußerst große Abstände von eineinder zeigt. Daß zwischen Ländern mit annähernd gleichen Wirtschafts- und Kulturbedingungen die Freizügigkeit der Arbeiter aufrecht zu erhalten ist, das bedarf gar keiner weiteren Begründung. Es ist auch für ein wirtschaftlich aufstrebendes Land, das industriell schon sehr weit vorgeschritten ist, unter Umständen gar nicht bedenklich, wenn für gewisse Arbeiten Ausländer mit niedrigeren Lebensansprüchen auf dem heimischen Arbeitsmarkte zugelassen werden. Allerdings muß dann heimisches Angebot für die betreffende Arbeit auch zu relativ auskömmlichen Löhnen nicht zu beschaffen sein. Generell wird man diese Voraussetzungen nicht festlegen können. Wogegen aber auf alle Fälle gewirkt werden muß, das ist der Import von Ausländern, die deutsche Arbeitskräfte infolge ihrer niedrigeren Lohn- und Lebensansprüche ersetzen, das heißt die deutschen Arbeiter aus ihrer Beschäftigung und damit aus ihrer Existenz verdrängen sollen.

Es fragt sich nun, ob einer solchen Importpolitik gegenüber Mittel der Selbsthilfe der Arbeiter-Organisationen genügen, oder ob hier staatliche Repressiv-Maßregeln am Platze sind. Die deutschen Gewerkschaften haben bei den italienischen Arbeitern auf dem deutschen Arbeitsmarkte große Erfolge dadurch erzielt, daß sie diese Ausländer zu organisieren versucht haben. Ob mit diesen Versuchen der Lohndruck gänzlich beseitigt worden ist, bleibe dahingestellt; jedenfalls aber würde das nämliche Mittel zur Abschwächung resp. Vermeidung eines Lohndruckes bei anderen ausländischen Arbeitskräften, zum Beispiel bei chinesischen Arbeitern, nicht in Frage kommen können. Wo also durch den Import resp. die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften ein Lohndruck auf den deutschen Arbeitsmarkt ausgeübt wurde, der durch die Selbsthilfe der Arbeiter nicht zu kompensieren wäre, da läge es im Lebensinteresse der deutschen Arbeiter, für staatliche Schutzmaßregeln einzutreten. Ein derartiges Vorgehen würde nicht im geringsten der Sache des Sozialismus Eintrag tun, er würde allerdings einen falsch verstandenen Internationalismus kräftig korrigieren. Die sozialistischen Vertreter der verschiedenen Länder in Stuttgart werden sich bemühen, die Frage in einer Weise zum Austrag zu bringen, durch die sowohl den Ländern, die überschüssige Arbeitskraft abzugeben haben, als auch den Ländern, die das wirtschaftliche Niveau ihrer Arbeiter nicht bedroht wissen wollen, Rechnung getragen wird. Eine solche Lösung kann zweifellos gefunden werden, ob sie aber auf die Dauer vorhalten wird, das ist zu bezweifeln.

Über das Initiativrecht eines Abgeordneten

scheint man in der Lübecker Bürgerschaft geteilter Meinung zu sein. Während von einer Seite bestritten wird, daß den Bürgerschaftsmitgliedern ein durch die Verfassung gewährleistetes Initiativrecht zustehe, wird von der Gegenseite behauptet, daß es jedem Mitgliede der Bürgerschaft unbenommen sei, Initiativanträge zu stellen. Das mag schon recht sein. Es kommt nur darauf an, was man hüben und drüben unter Initiativrechte eines Abgeordneten versteht. Das Recht, der Volksvertretung einen Gesetzentwurf für Beschlußfassung vorzulegen, stand bis zum Jahre 1848 nur dem Landesherrn resp. seiner Regierung zu. Das Parlament selbst hatte lediglich nur das Recht, zu beantragen, die Regierung möge diesen oder jenen Gesetzentwurf der Volksvertretung zur Beschlußfassung vorlegen. Aus eigener Initiative konnte sie also weder Gesetzentwürfe einbringen, noch über solche beschließen. Seit dem Jahre 1848 ist nun in fast allen konstitutionell regierten Staaten das Recht der Initiative zwischen Regierung und Volksvertretung gleichmäßig verteilt worden, sodaß jetzt sowohl die Regierung der Volksvertretung fertige Gesetzentwürfe vorlegen kann, als auch die Mitglieder der letzteren solche zu jeder Zeit unabhängig von der Regierung einbringen, beraten und Beschluß darüber fassen können. Der Vorzug dieses Rechts besteht darin, daß nicht nur die Anrege zu einem Gesetz, sondern auch die bestimmte Fassung desselben von der Volksvertretung ausgeht und der Regierung weiter nichts als die einfache Annahme oder Verwerfung zusteht. Dieses Recht steht auch den Reichstagsabgeordneten zu. Im § 22 der Geschäftsordnung heißt es:

„Alle von Mitgliedern des Reichstages ausgehende Anträge müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterzeichnet und mit der Eingangsformel

„Der Reichstag wolle beschließen“

versehen sein.“

Und im Artikel 23 der Reichsverfassung steht:

„Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reichs Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrat resp. Reichskanzler zu überweisen.“

Demnach besitzen die Mitglieder des Reichstags das Recht, zu jeder Zeit unabhängig von Bundesrat und Regierung Gesetzesvorlagen zur Beschlußfassung an das Haus zu bringen und man muß gestehen, daß der Reichstag dieses Recht fleißig übt und daß es nur der Überbürdung des Reichstags seitens der Regierung mit Vorlagen über Militär-, Marine-, Flotten-, Kolonial- und Finanzpolitik zuzuschreiben ist, wenn er nicht genug positive Arbeit leistet.

Wie steht es nun aber demgegenüber mit dem Initiativrecht unserer Bürgerschaftsmitglieder? Verfassungsrechtlich kommt hier der Artikel 44 in Frage. Er bestimmt:

„Jedes Mitglied der Bürgerschaft ist berechtigt, Anregen zu Anträgen der Bürgerschaft an den Senat zu machen. Einer solchen Anrege ist jedoch nur dann Folge zu geben, wenn sie dem Vorsitzenden schriftlich zugestellt ist und nach gestellter Vorfrage von mindestens zehn Mitgliedern der Versammlung unterstützt wird. In diesem Falle steht dem Antragsteller die nähere Begründung seines Antrages zu, worauf über die Frage, ob der Gegenstand zur näheren Erwägung an den Bürgerausschuß zu verweisen sei oder nicht, eine Beratung und Abstimmung stattfindet. Entscheidet die Versammlung sich für das letztere, so ist damit der Antrag verworfen; entscheidet sie sich dagegen für das erstere, der Bürgerausschuß erachtet aber demnächst den Antrag nicht für geeignet, überhaupt oder in unveränderter Form an den Senat gebracht zu werden, oder der Senat lehnt den ihm vom Bürgerausschuß empfohlenen Antrag ab, so hat der Wortführer der Bürgerschaft dieserselbst in ihrer nächsten Versammlung die Frage zur Entscheidung vorzulegen, ob der Antrag seitens der Bürgerschaft an den Senat gelangen soll oder nicht.“

Vergleicht man den Artikel 23 der Reichsverfassung mit dem Artikel 44 der lübschen Staatsverfassung, so wird man doch kaum bestreiten können, daß die Reichsverfassung kurz und bündig in präziser, keiner Unklarheit Raum gebender Fassung den Reichstagsabgeordneten das Initiativrecht gewährleistet, während der Artikel 44 unserer lübeckischen Verfassung der Meinungsverschiedenheit Tür und Tor öffnet. Schon der Umstand, daß dieser Artikel mehr oder weniger in die Befugnisse der Bürgerschaft, sich im Rahmen der Staatsverfassung selbst die Geschäftsordnung zu bestimmen, übergreift, zeigt die Unmündigkeit unserer Volksvertretung. Auch die Schwerfälligkeit der parlamentarischen Maschine sei hier noch erwähnt.

Die Bürgerschaft hat in ihrer Geschäftsordnung den Artikel 44 der Verfassung wörtlich als § 50 abgedruckt; was allein schon ein Parlamentsnovum bedeutet. Ob das freiwillig oder durch sanften Druck geschehen ist, soll hier nicht näher untersucht werden, uns interessiert nur die Tatsache, daß schon entgegen den Gepflogenheiten des Reichstages, wo die Eingangsformel eines Antrages ein für allemal lautet: „der Reichstag wolle beschließen“, die Eingangsformel bei uns lautet: „die Bürgerschaft wolle den Senat **ersuchen**“, oder „die Bürgerschaft **ersucht** den Senat“ usw. Daraus geht doch klar und deutlich hervor, daß das Recht, aus eigener Initiative einen Antrag zur Beschlußfassung der Bürgerschaft vorzulegen oder zu unterbreiten, den lübschen Volksvertretern nicht zusteht. Sie können nur den Senat ersuchen, der Bürgerschaft baldigst eine Vorlage 2c. entgegenzubringen. Erschwerend für den Geschäftsgang ist auch noch der Umstand, daß hier der Bürgerausschuß, wenn auch aus der Mitte der Bürgerschaft und durch dieselbe gewählt, eine Art Zwischenregierung, ähnlich dem Verhältnis zwischen Bundesrat und Reichsregierung, ausübt. Die Macht des Bürgerausschusses ist aber größer, als die des Bundesrates, denn während letzterer nur die Gesetzentwürfe der Regierung durch seine Ausschüsse prüfen läßt und sich über die vom Reichstage beschlossenen Gesetze zustimmend oder ablehnend erklären kann, übt der Bürgerausschuß laut Art. 69 die der Bürgerschaft zustehenden Befugnisse aus, wenn es sich handelt:

1. „um Geldbewilligungen, welche in dem einzelnen Falle oder, wenn in einem und demselben Kalenderjahre mehrmals für denselben Zweck beantragt, in ihrer Gesamtheit die Summe von 6000 Reichsmark einmaliger Ausgabe oder von 300 Reichsmark jährlicher Ausgabe nicht überschreiten, sofern nicht im einzelnen Falle die Geldbewilligung der Entscheidung einer anderen Frage vorgreift, welche verfassungsmäßig zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft zu verstellen ist.“

Zu welchen Konsequenzen diese Machtbefugnisse des Bürgerausschusses schon oftmals geführt haben, ist allen denen bekannt, die sich mit unserer stadt-staatlichen Politik beschäftigen, wohl bekannt. Im übrigen bedeutet diese Machtstellung des Bürgerausschusses nichts weniger als eine Preisgabe — wenn nicht des Budgetrechts als solches, so doch des Geldbewilligungsrechts der Bürgerschaft.

2. „um Verwendung der bereits im Staatsbudget ausgesetzten Summen, soweit nicht die einzelnen Behörden zur Verwendung dieser Summen berechtigt sind;

3. um den Erwerb oder die Veräußerung von Grundstücken für den Staat, die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden, die öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten und die Privatstiftungen, soweit damit nicht ein Erwerb oder Aufgeben von Hoheitsrechten verbunden ist und das Grundstück nicht einen höheren Wert hat als von 12 000 Reichsmark. (Art. 50 VII., Art. 51 X. 1 und 2);

4. um Änderungen in der Verwaltung oder in der Benutzung des Eigentums des Staates, der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden, der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten und der Privatstiftungen, wenn ein Wert

von nicht mehr als 12 000 Reichsmark in Frage steht. (Art. 50 VII, Art. 51 X. 1 und 2);

5. um Verfügungen über Denkmäler der Kunst oder des Altertums; endlich

6. um Entscheidungen, welche durch Beschluß des Senates und der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß übertragen sind."

Nach den oben angeführten Artikeln 50 und 51 der Verfassung ist die Mitgenehmigung der Bürgerschaft nur erforderlich zur Abänderung der Staatsverfassung, zum Erwerb und zur Veräußerung von Hoheitsrechten, zur Erlassung authentischer Auslegung, Änderung oder Aufhebung von Gesetzen, sowie zur Verordnung in Handelssachen (polizeiliche Verfügungen jedoch und lediglich die Handhabung und Ausführung bestehender Gesetze betreffende Verordnungen werden vom Senate selber beschlossen), zur Einführung, Aufhebung und Veränderung direkter und indirekter Steuern und Abgaben aller Art, zur Gestattung des öffentlichen Gottesdienstes an Religionsgesellschaften, denen derselbe bisher noch nicht zugestanden war; zur Erteilung von Privilegien; zur Verfügung über Privatstiftungen nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen; zur Anwendung des Expropriationsgesetzes für jeden einzelnen Fall; zum Abschluß von Staatsverträgen, welche den Handel, die Schiffahrt oder einen derjenigen Gegenstände betreffen, welche der Mitgenehmigung der Bürgerschaft unterliegen. Endlich steht der Bürgerschaft eine Mitwirkung zu bei der Verwaltung des Staatsvermögens, sowie des Vermögens der Kirchen und öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten, namentlich der Mitbewilligung des Budgets und des Abschlusses von Staatsanleihen.

Daß dieses unter den gänzlich veränderten Verhältnissen von heute nicht mehr genügen kann, ist kaum zu bestreiten. Und daher auch das sich ganz leise regende Bestreben, eine den modernen Staatsinteressen dienende Verfassung zu erlangen. Die Bürger dürfen in ihrem Drängen nach einer modernen Verfassung und eine den Verhältnissen entsprechende, in Wahrheit mitbestimmende Bürgerschaft nur nicht erlahmen. Die Worte jenes Ratsanwalts, der 1668 den für die Teilnahme am Regiment beim Rate vorstellig gewordenen Bürgern zurief:

„Die Bürger meinen wohl, diese gute Stadt solle demokrative regiert werden, wie andere Orte, aber mit nichten; das Regiment in Lübeck ist nach des heiligen römischen Reichs Beschluß eine ehrliche Aristokratie",

dürfen die heutige Generation nicht davon zurückhalten, immer wieder von neuen die Demokratisierung der jetzt noch aristokratischen Verfassung zu fordern.

Der alte Ratsanwalt mußte noch erleben, daß ein Jahr später (1669) der große Bürger-Rezeß den Bürgern minderen Rechts die Teilnahme am Regiment zusicherte. Daß manches von dieser ersten Verfassung noch heute, nach 238 Jahren, an uns haftet, zeigt nur, daß wir nicht mit der Zeit vorgeschritten sind. Die Bürger meinen deshalb heute, daß es nunmehr wohl an der Zeit sei, daß „diese gute Stadt „demokrative" regiert" werde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sprengpulver für den „Block".

Das liebliche Produkt Bülowscher Wahlpolitik, und der „konservativ-liberalen Paarung", der famose „Block", ist gegenwärtig das Objekt freiwilliger und unfreiwilliger Minierarbeit. Von links und von rechts bohrt man Sprenglöcher hinein und als Sprengpulver wird die preußische Wahlreform dienen. Nicht ohne berechtigten Grund hatte die „Frankfurter Zeitung" behauptet, die konservative Presse wolle „den Reichskanzler von einer Inangriffnahme der Reform des preußischen Landtagswahlrechts von vornherein abschrecken". Dieser Behauptung gegenüber erklärt die „Kreuzztg.", der Reichskanzler wisse auch ohne konservative Zeitungsartikel, wo die Grenze ist, bis zu der die preußischen Konservativen eine Wahlrechtsreform mitmachen würden, und bemerkt dann weiter:

„Das Bangemachen betreiben vielmehr die der ‚Frankfurter Zeitung" nahestehenden schwäbischen Demokraten Haußmann und Payer und der alte Schützling des Frankfurter Blattes D. Naumann. Den ersten beiden kann man es nicht übel nehmen, daß sie sich so eifrig um Preußens Wohl bemühen; sie haben eben ein herzliches Mitleid mit uns rückständigen Preußen und würden uns so gern mit ihrem schwäbisch-demokratischen Öle salben, damit wir es den Württembergern in Politik und Kultur gleichtun könnten. Die Mittel, die sie anwenden, sind aber doch gar zu derb: sie schrecken und drohen, ja, sie treiben eine wahre Erpresserpolitik gegen unsere Regierung. Das Berliner freisinnige Blatt, das ihnen als Publikationsorgan dient, faßt die Tendenz der freisinnig-demokratischen Agitation in die Formel, alles komme darauf an, daß man die Not der Zeit — die parlamentarischen Nöte des Kanzlers — zu nutzen wisse. Also mit anderen Worten: der Scylla des Zentrums ist Fürst Bülow entronnen, jetzt kann er der demokratischen Charibdis nicht entgehen. Über dieses Großtun des winzigen demokratischen Strudels im Schwabenwinkel wird die preußische konservative Presse wohl noch spotten dürfen, ohne ihrerseits des Erpressungsversuchs verdächtigt zu werden.

Der grimmige Spott, mit dem das Junkerorgan die sieben Brüder vom „Block" traktiert, läßt erkennen, daß es den Junkern und Junkergenossen bei der Aufrollung der Wahlrechtsfrage keineswegs so wohl ums Herz und der Gleichmut nicht vorhanden ist, den einige Leute von der Rechten heucheln. Vor den sieben Schwaben und ihrer norddeutschen Freundschaft vom Freisinn fürchten sich die Konservativen zwar nicht; aber sie wissen sehr wohl, daß sie noch mit einem anderen Gegner zu tun haben, mit der Sozialdemokratie, die für ihre Forderung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts die Massen in Bewegung setzen wird. Und ist der Stein erst einmal ins Rollen gekommen, dann gibt es so bald kein Halten mehr. Dann wird schließlich die Übergewalt des Junkertums, die im modernen ökonomischen Betriebe durchaus keinen Halt mehr hat, durch die Gewalt des rollenden Steines der Volksbewegung zermalmt werden.

Das wird zwar nicht das Resultat der „konservativ-liberalen Paarung" sein. Die wird zuerst dabei in die Brüche gehen. Sie scheint aber wenigstens berufen zu sein, durch die angeregten falschen Hoffnungen einen Teil des Bürgertums für eine ernsthafte Wahlreform mobil zu machen. Wenn es zum „Klappen" kommt, wird dieses Bürgertum freilich gegen die Blockbrüder von der Rechten und aus der Mitte operieren müssen.

Die Aussichten der „Paarungspolitik" sind also sehr schlecht, und wenn Bülow ernsthaft geglaubt hat, mit diesem sonderbaren Gespann kutschieren zu können, so wird er wohl bald einsehen, daß er alle Aussicht hat, dabei vom Bock zu fliegen. Auch von konservativer Seite ist man bemüht, ihm das recht deutlich zum Bewußtsein zu bringen. So schreibt ein konservatives Blatt gegenüber dem Verlangen der Liberalen nach einem Systemwechsel:

Wir nähern uns immer mehr dem parlamentarischen Regiment, dessen Wesen darin besteht, daß die Leitung der Regierung einheitlich in einer Hand liegt, die Einzelminister nur die Gehilfen des Premiers ohne selbständige Bedeutung sind, und daß die Politik an leitender Stelle durch die öffentliche Meinung, wie sie in der Presse und im Parlament zum Ausdruck kommt, bestimmt wird. Wenn man dieses System bei uns einführen will, dann soll man es offen sagen, damit sich die Parteien danach einrichten können — sonst wird der Fürst Bülow es erleben können, daß gerade von einer Seite, von der er es nicht erwartet, der Antrag auf Einführung der parlamentarischen Regierungsform gestellt werden wird, weil man dort der Überzeugung ist, daß Klarheit in diesen wichtigen Dingen nötig ist, und man es nicht verantworten will, daß unter dem Schein der bestehenden konstitutionellen Regierungsform die parlamentarische eingeführt wird. Will die Regierung ein liberales Regiment einführen, so soll sie es also offen sagen, sonst nötigt sie die Konservativen, sie zu einer entsprechenden Erklärung zu zwingen."

Das ist ein förmliches Ultimatum an Bülow. Er wird es freilich nicht gar tragisch zu nehmen brauchen, denn im Ernst werden sich die Konservativen sehr hüten, das parlamentarische System zu fordern und zu fördern, denn dann dürfen sie erst recht nicht hoffen, daß ihr überragender politischer Einfluß in Preußen und im Reich bestehen bleiben könne. Alle diese Auseinandersetzungen zwischen den Parteien unter sich und zwischen diesen und der Regierung, welch letztere freilich vorläufig nur einseitige sind, läuten der „Blockpolitik" schon das Totenglöcklein, ehe sie noch geboren ist.

Steuern her!

Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung" schreibt: Die neuen Reichssteuerpläne sollen den deutschen Steuerzahlern anscheinend tropfenweise beigebracht werden, damit sie nicht gar zu sehr erschrecken. Zwischendurch gibt's dann noch ein paar Dementis, die das Halbdunkel, in dem der Steuerzahler die Sommermonate verträumen soll, noch „schummeriger" machen. Die „Milit.-Polit.-Korresp.", der anscheinend die Aufgabe zugefallen ist, das Publikum nach und nach mit den künftigen Steuervorlagen vertraut zu machen, hat sich durch diese Dementis, die wohl auch aus einer anderen amtlichen Quelle fließen als die tropfenweisen Steuermitteilungen der „Milit.-Polit.-Korrespond.", nicht aus dem Konzept bringen lassen. Jetzt schreibt sie in einer Betrachtung über die Aufstellung des neuen Reichshaushaltsplanes, der die Andeutung enthält, daß Staatssekretär Dernburg und Unterstaatssekretär v. Lindequist vielleicht noch einige koloniale Forderungen aus Afrika mit heimbringen werden:

„Festzustehen scheint, daß auch ohne besonders hohe Sonderneuforderungen der Reichshaushalt ein so erhebliches Defizit bringen wird, daß nur neue und ertragsreiche Steuern eine Balanzierung des Etats bewirken können. Unter den diesbezüglichen Projekten wird in unterrichteten Kreisen jetzt auch die Flaschenweinsteuer — nach dem Vorbilde der Schaumweinsteuer — als wahrscheinliche Regierungsvorlage genannt. Die praktische Durchführung dieser Steuer dürfte ähnlich gedacht sein wie die Flaschenweinsteuer, die während des spanisch-amerikanischen Krieges in den Vereinigten Staaten bestanden hat. Jede Flasche zeigt in Gestalt einer Stempelmarke den — eventuell nach der Preisstellung verschiedenen — Betrag der Steuer auf dem Etikett oder am Flaschenhalse. Mit der Zigarettenbanderolen- und der Flaschenweinsteuer sollen, wie von gut unterrichteter Seite versichert wird, die indirekten Steuern gemeint sein, von denen unlängst der Reichskanzler gesprochen hat."

Sollte das wirklich alles sein? Wir bezweifeln es sehr.

Angst vor der Brotteuerung.

In den Kreisen der westfälischen Industriellen fürchtet man sich vor den aufreizenden Wirkungen einer wachsenden Teuerung der Lebensmittel bei rückläufiger Konjunktur.

So erklärt sich ein Leitartikel der „Rheinisch-Westf. Zeitung" über Ernteaussichten und Brotversorgung. Es heißt da:

„Bezüglich unserer Hauptfruchtarten — abgesehen vom Weizen, der wegen der Auswinterungen beträchtliche Einbußen am Gesamtertrage aufweisen mußte — durfte man sich bis vor kurzer Zeit auf eine gute Mittelernte gefaßt machen. Die Witterungsunbilden der letzten Wochen scheinen solche Hoffnungen größtenteils vernichtet zu haben. Wie uns übereinstimmend aus landwirtschaftlichen Kreisen berichtet wird, hat der Roggen unter dem Mangel von Sonnenwärme in seiner letzten Entwicklung zu leiden gehabt. Dazu kommt, daß, als er bereits geschnitten war, fortdauernde Regengüsse die Bergung in den Scheunen verhinderten, so daß die Qualität sehr vieles zu wünschen übrig läßt. Unter solchen Umständen wird damit gerechnet werden müssen, daß von dem auf 10 Millionen Tonnen geschätzten Gesamtertrage des Roggens ein erheblicher Teil für die Brotversorgung der Bevölkerung nicht mehr in Rechnung gestellt werden kann. Beim Weizen beträgt der Ausfall infolge Minderanbaues (Auswinterung) etwa eine Million Tonnen oder 25 Proz. des Gesamtertrages.

Was die Weltweizenernte betrifft, so steht bereits fest, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika und Rumänien ein sehr bedeutendes Defizit zu verzeichnen haben werden. Hinsichtlich Rußlands, unseres Hauptlieferanten, und Kanadas gehen die Schätzungen weit auseinander. Dagegen scheint Argentiniens Weizenernte befriedigend auszufallen. Immerhin besteht die Sorge, daß bei uns in Deutschland die Weizenpreise vorerst noch einen recht hohen Stand behaupten, mutmaßlich sogar ihre Steigerung noch fortsetzen werden. Damit scheint auch die Börse zu rechnen, wenn sie jetzt bei einem Preise von 210 bis 212 Mk. für Lokoware in Berlin für September-Dezemberware einen Preis von etwa 220 Mk. festsetzt.

Zweifellos werden wir in diesem Jahre aufbedeutende Einfuhrmengen angewiesen sein, namentlich beim Weizen. Wollte man annehmen, daß der Weizenverbrauch in Deutschland eine Einschränkung erführe gegenüber den Vorjahren, so wäre jetzt zum ersten Male der Fall gegeben, daß sich Eigenerzeugung und Einfuhrmenge mit je 3 Millionen Tonnen annähernd das Gleichgewicht hielten. Daran wird aber wohl schwerlich gedacht werden können, weil die benötigten Vorräte vom Auslande nicht zur Verfügung gestellt werden können, ohne eine unabsehbare Preistreiberei zu bewirken. Auf der anderen Seite würde man aber einem grenzenlosen Pessimismus verfallen, wenn man gar eine Hungersnot an die Wand malen wollte. Glücklicherweise ist unsere Landwirtschaft so reichhaltig im Anbau der Fruchtarten gestaltet, daß starke Mindererträge in der anderen aufgewogen zu werden pflegen. Brot- und Fleischverbrauch können sich schließlich sehr wohl ergänzen. Freilich besteht für die nächste Zukunft nicht die Aussicht, daß die Lebenshaltung, welche schon jetzt recht bedeutende Anforderungen an den Geldbeutel stellt, verbilligt werden wird, umsoweniger, als es gelungen zu sein scheint, auch die Fleischpreise im Kleinverkauf dauernd hoch zu halten."

Nochmals die Zeugenqualität des Liebert.

Die „Voss. Ztg." veröffentlicht eine Zuschrift des ehemaligen Herausgebers der Zeitschrift „Die Kolonien", Dr. C. Th. Förster, der sich ausdrücklich als „Alldeutscher" und Kolonialfreund bezeichnet, über die „Unzuverlässigkeit" der Zeugenbekundungen des Herrn Liebert im Münchener Petersprozeß. Herr Dr. Förster, der soeben von einer Informationsreise aus Ostafrika zurückgekehrt ist, bestreitet ganz entschieden, daß die Charakteristik, die Herr Liebert von den Eingeborenen gegeben habe, zutreffe. Die Eingeborenen seien weder Diebe noch Lügner; allerdings sei nichts leichter, als die Eingeborenen zu jeder gewünschten Aussage zu bringen, da sie sich vor den Weißen fürchteten. Die Eingeborenen seien auch nicht „träge", vielmehr bei einem Monatslohn von 4 Mk. (ohne Beköstigung!) sehr wertvolle Arbeiter!

Herr Dr. Förster erklärt u. a.:

„Auch politisch hat Herr v. Liebert das Volk nicht richtig dargestellt. Die verschiedenen Stämme waren immer und ständig, wie die alten Germanen, in Feindschaft und Fehde unter sich und wider die Steppen bewohnenden Massai, die sie eben wegen ihrer Uneinigkeit nie bezwingen konnten. Es ist eine durchaus unrichtige Darstellung, wenn gesagt wird, die kleine deutsche Expedition des Herrn Dr. Peters hätte 120000 Dschaggaleute zu fürchten gehabt im Jahre 1891. Dr. Peters war verbündet mit Moschi, Marangu, Mamba und dem Häuptling Kinabo von Rombo — also mit den Landschaften um seine Marangustation herum, als er im August 1891 gegen einen Teil von Rombo zu Felde zog . . . Auch die Herbeiziehung der v. Bülowschen Niederlage, nachdem Dr. Peters den Berg wieder verlassen hatte, darf nicht gegen die Dschagga ausgespielt werden, denn tatsächlich hat, nach Aussage glaubwürdiger Leute, v. Bülow jede Friedensverhandlung, aus Anlaß eines Streites zwischen Soldaten und Eingeborenen, seiner Zeit abgelehnt und den wider Willen kämpfenden Meli von Moschi angegriffen.

Dieser Angriff von v. Bülow war in politischer und auch militärischer Hinsicht ein großer Fehler, schon weil v. Bülow nicht die nötigen Truppen zur Verfügung hatte. Auch Dr. Peters, ohne die Treue der Verbündeten, in deren Land er saß, hätte sich nicht einen Tag halten können. Die Treue des Mareale von Marangu aber war ihm ganz sicher, da ja dessen Boten von den Romboleuten, die weit entfernt wohnten, scheußlich ermordet waren, und Marangu Rache forderte mit Dr. Peters' Hilfe. Rombo war es auch, wo später Dr. Lent ermordet, und noch heute ist der äußerste Osten von Kilimandscharo nicht einwandsfrei sicher, zumal man die Romboleute unter Benachteiligung des stets treuen Mareale von Marangu durch Zuwendungen von einem großen Teil von Mareales Vieh noch hochmütiger gemacht hat. Wenn irgend wohin, so gehört noch heute nach Rombo eine Garnison. Deswegen braucht aber „der große Herr" in Moschi nicht für sein Leben zu fürchten."

Die seidene Schnur für Studt.

Der öfters von Bülow informierte Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" weiß seinem Blatte zu berichten, daß Studt tatsächlich als ein Opfer des Liberalismus gefallen sei und zwar sei ihm die seidene Schnur wie Posadowsky unvermutet zugegangen.

Es ist glaubhaft erzählt worden, daß Herr v. Studt im Laufe des Winters dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten für den Fall, daß es politisch notwendig werden sollte, seine Bereitwilligkeit zum Rücktritt mitgeteilt hatte. Aber wir glauben, daß Herr von Studt noch nicht die Einsicht gewonnen hatte, daß der Zeitpunkt der politischen Notwendigkeit seines Rücktritts gekommen sei. Er wollte, um noch manches, was er begonnen hatte, zu erledigen, mindestens bis zum Herbst oder bis zum nächsten Frühjahr im Amte bleiben. Als diese Absicht in auffälligen Preßnotizen mitgeteilt wurde, in denen gleichzeitig erklärt wurde, daß dieser Rücktritt des Kultusministers nie und nimmer einen Systemwechsel bedeuten werde, da erfolgte die Reise des Fürsten Bülow nach Kiel zum Kaiser und nach zwei Tagen erschien Herr von Lucanus beim Kultusminister und am Abend desselben Tages schon teilte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" den bevorstehenden Rücktritt und zugleich den Nachfolger mit.

Wie David vor der Bundeslade, wird jetzt der Liberalismus vor der politischen Bahre des Herrn Studt tanzen. Aber wir fürchten, es wird eine sehr kurze und eine sehr platonische Freude sein.

Rußland.

Zarische Blutjustiz. In Mitau wurden zwei Letten wegen Raubüberfalles zum Tode durch den Strang verurteilt, acht andere Letten wurden gehängt, einer vergiftete sich vor der Hinrichtung mit Strychnin. Der älteste Schreiber des Kriegsgerichts ist unter Anklage gestellt worden, weil er die Akten des Kriegsgerichts Reportern für 10 Rubel verkauft hat.

England.

Englands Kolonialpläne. Im englischen Unterhause teilte der Unterstaatssekretär des Kolonialamts Churchill mit, daß die Regierung entschlossen sei, die Ermächtigung zum sofortigen Bau einer 400 engl. Meilen langen Eisenbahn im Hinterland von Nigeria zu geben. Die Eisenbahn soll von Baro am Niger nach Bida gehen und dann nach Zaria und Kano. Die Kosten, die auf 1 230 000 Pfd. Sterl. (26 Mill. Mark) geschätzt würden, würden durch eine Anleihe gedeckt werden, die unter günstigen Bedingungen von der Southern Nigeriagesellschaft aufgenommen würde. Die Schwierigkeiten, die sich in administrativer und militärischer Hinsicht aus dem Besitz eines so großen Gebietes ohne eine Zentraleisenbahnlinie mit schnellem Verkehr ergeben würden, sowie die Wichtigkeit, dem englischen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, daß für den Anbau von Baumwolle geeignete Land des nördlichen Nigeria zu erreichen, hätten den Hauptgegenstand der Erwägungen gebildet, welche die Regierung dazu geführt hätten, den Bau der Eisenbahn zu genehmigen. Churchill fügt hinzu, der Bau der neuen Eisenbahn würde den Weiterbau der neuen Lagos-Eisenbahn nicht verzögern, letzterer würde stetig weiter geführt werden, bis die Eisenbahn den Niger bei Jebba kreuzen und sich schließlich mit der neuen Eisenbahn treffen würde.

Marokko.

Die Wirren. Die Beschießung von Casablanca durch die französischen Kreuzer dauerte, nach Meldungen aus Tanger, bis Dienstag abend noch fort. Von den vier von Gibraltar nach Casablanca unterwegs befindlichen Kriegsschiffen lief eins in Tanger ein, um sich mit dem französischen Geschäftsträger in Verbindung zu setzen. Dabei erneuerte El Torres seine Beteuerung, daß er es an nichts werde fehlen lassen, was in seinen Kräften stehe, zum Schutze der bedrohten Franzosen.

Ein aus Casablanca in Tanger eingetroffener Dampfer meldet, daß bei seiner Abfahrt das Bombardement noch fortgedauert habe. Die Franzosen hätten gestern 2000 Mann gelandet. Da man an Bord der Schiffe auf der Reede ununterbrochen Tag und Nacht Schüsse höre, werde offenbar noch in den Straßen gekämpft. Das jüdische Stadtviertel sei von den Mauren geplündert und viele Juden getötet. Die Europäer seien alle in Sicherheit. Die Mehrzahl von ihnen befinde sich an Bord der Dampfer, andere in den von französischen und spanischen Matrosen bewachten Konsulaten. Ein Augenzeuge bestätigt, daß die spanischen Marinetruppen eine glänzende Haltung zeigten. Die Stadt stehe in Flammen oder sei zerstört. Die Landbatterien hätten auf die Schiffe gefeuert, seien aber sofort zerstört worden. Die Granaten seien ununterbrochen in Gruppen von Kabylen am Strand und auf dem umgebenden Gelände eingeschlagen. Fünf französische Kriegsschiffe und ein spanisches lägen auf der Höhe von Casablanca, drei andere hätten heute Tanger passiert und seien weiter nach dem Süden gedampft. Die Straßen von Casablanca sollen voll toter Marokkaner sein. Alle Läden seien geschlossen, die Armen litten großen Mangel. Die Konsuln hätten Anweisung gegeben, alle Läden wieder zu öffnen, und die Preise für die Nahrungsmittel festgesetzt. Nachrichten aus Rabat zufolge hätten die dortigen Kabylen dem Gouverneur 15 Tage Frist gegeben, innerhalb deren der französische Zollkontrolleur entfernt werden soll. Im Falle, daß dies nicht geschehe, würden sie die Stadt angreifen. Augenblicklich sei dort alles ruhig.

Der Dampfer „Gibel Tarik" kam aus Casablanca an, das er Dienstag abend zu der Zeit verließ, als die französischen Spahis und Schützen ausgeschifft wurden. Er meldet, daß eine französische Fahne über dem Fort der Stadt weht.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 9. August.

Achtung Arbeiter! In Kiel stehen sämtliche Transportarbeiter und Kutscher der Holzlagerplätze im Streik. Gegenwärtig wird versucht, in Lübeck Arbeitswillige für Kiel zu gewinnen. Ehrenpflicht eines jeden rechtlich denkenden Arbeiters ist es, jedes Arbeitsangebot nach Kiel abzulehnen.

Auslobung. „Auslobung" ist die öffentliche Bekanntmachung einer Belohnung für die Vornahme einer Handlung, insbesondere für die Herbeiführung eines Erfolges, z. B. für die Ermittlung von Dieben. Wer eine solche Belohnung aussetzt, ist verpflichtet, sie dem zu entrichten, der die Handlung vorgenommen hat. Die Auslobung kann bis zur Vornahme der Handlung widerrufen werden. Das hat in derselben Weise zu geschehen, wie die Auslobung bekannt gemacht wurde. Der Widerruf kann aber auch durch besondere Mitteilung erfolgen. Ist die Handlung, wofür die Belohnung ausgesetzt ist, mehrmals vorgenommen worden, so gebührt die Belohnung dem, der die Handlung zuerst vorgenommen hat. Ist die Handlung von mehreren gleichzeitig vorgenommen worden, so gebührt jedem ein gleicher Teil. Läßt sich jedoch die Belohnung nach ihrer Beschaffenheit nicht teilen oder soll nach dem Inhalte der Auslobung nur einer die Belohnung erhalten, so hat das Los zu entscheiden. Haben mehrere mitgewirkt, so hat derjenige, der die Belohnung ausgeschrieben hat, die Belohnung unter Berücksichtigung des Anteils eines jeden an dem Erfolge nach billigem Ermessen unter sie zu verteilen. Wenn die Verteilung offenbar unbillig ist, so hat sie durch Urteil zu erfolgen. Kommen die Beteiligten über ihre Berechtigung untereinander in Streit, so kann der „Auslobende" die Belohnung verweigern; es kann aber jeder der Beteiligten verlangen, daß die Belohnung für alle hinterlegt wird. Eine Preisausschreibung ist nur gültig, wenn in der Bekanntmachung eine Frist für die Bewerbung bestimmt ist. Die Entscheidung darüber, ob eine innerhalb der Frist erfolgte Bewerbung dem Preisausschreiben entspricht, oder welcher den Vorzug verdient, ist durch die in dem Preisausschreiben bezeichnete Person, in Ermangelung einer solchen aber von dem „Auslobenden" selbst zu treffen. Bei Bewerbungen von gleicher Würdigkeit gebührt jedem Bewerber ein gleicher Teil des Preises; kann der Preis nicht geteilt werden oder soll nur einer den Preis erhalten, so entscheidet das Los.

Terrorismus der Kriegervereinler. Die bürgerlichen Blätter Lübecks können nicht oft genug ihren Lesern Lügengeschichten von dem angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie aufbinden, ohne für den Terrorismus ihrer eigenen Klassengenossen je ein Wort des Tadels zu finden. Im Gegenteil, sie drucken es mit dem größten Behagen ab, wenn von bürgerlicher Seite in schofelster Weise Terrorismus geübt wird; so konnte man im heutigen „General-Anzeiger" folgende Notiz finden:

Wentorf (Amt Schwarzenbek), 8 August. Konflikt. Der Vorstand der hiesigen Militärischen Kameradschaft, die z. Zt. 60 Mitglieder zählt, hatte den Ausschluß des Kameraden Frahm-Börnsen beantragt, weil dieser in seinen Lokalitäten sozialdemokratische Versammlungen duldete. Dieser Antrag wurde jedoch in der letzten Generalversammlung von den Mitgliedern rundweg abgelehnt. Nunmehr haben sämtliche Vorstandsmitglieder ihr Amt niedergelegt, sodaß die Kameradschaft in die Brüche zu gehen scheint. Man ist in den beteiligten Kreisen gespannt, welchen Ausgang dieser Konflikt nehmen wird.

Man würde vergeblich suchen müssen, wenn man ein Wort des Tadels gegen das Vorgehen des Vorstandes entdecken wollte, der einen Kameraden nur deshalb aus dem Verein ausstoßen will, weil derselbe auch von den Groschen der Sozialdemokraten, die bei ihm Versammlungen abhalten, leben muß. Zu begrüßen ist es, daß die Mehrheit der Kriegervereinler anständiger war als der Vorstand und die bürgerliche Presse. Vielleicht trägt dieser Fall dazu bei, die Arbeiter von der Mitgliedschaft in Krieger- und Kameradschaftsvereinen abzuhalten.

Obst, der beste Durststiller. Die überall auftauchende, aktuelle Frage: Womit löschen wir unsern Durst am besten? beantwortet die Natur gleichsam selbst, indem sie uns gerade in den heißesten Wochen des Jahres die köstlichen Früchte schenkt. Bekanntlich enthalten diese eine große Menge Wasser, der, als Saft verarbeitet, bei den Wassermelonen etwa 95 Proz., bei Pfirsichen, Äpfeln, Birnen und Trauben, zwischen 80 und 90 Proz. beträgt. Je mehr Obst man daher genießt, um so beträchtlicher ist auch das Flüssigkeitsquantum, das man in sich aufnimmt. Während Bier das brennende Gefühl im Munde wohl auf Augenblicke zu vertreiben vermag, dies aber bald mit erneuter Macht wiederkommt, ist die Wirkung einer saftigen Frucht eine viel nachhaltigere. Selbst der quälende Durst hält nicht Stand vor ihr. Dazu kommen aber noch andre Vorzüge des Obstes. Der Saft des frisch gepflückten ist vollständig frei von Mikroben, er besitzt ferner die Eigenschaft, nichts Aufregendes oder Erhitzendes als Folgeerscheinung zu hinterlassen, und er kühlt zugleich in der angenehmsten Weise. Nach der Mahlzeit genossen, ist Obst besonders gesund; neben der Vertreibung des Durstes besorgt es auch eine Reinigung des Blutes, da es durch seinen Gehalt an kohlensaurem Kali die schädliche Bildung von Säuren im Körper stark beeinträchtigt. Darum laute die Parole für groß und klein: Löscht den Durst mit Obst, das viel gesünder und nachhaltiger wirkt als alles andere!

Vor Hunger ermattet. Der „Kieler Zeitung" wird aus Lübeck geschrieben: Halb verhungert aufgefunden wurden unweit von Schwartau am Waldesrand zwei junge Leute, ein Neunzehnjähriger und ein vierzehnjähriger Knabe. Die beiden waren gut gekleidet, aber vollkommen mittellos. Ein Arzt ließ die beiden nach dem Schwartauer Armenhause bringen, wo sie sich schnell wieder erholten. Es handelt sich um Auswärtige. Der jüngere hatte versucht, seinen Hunger durch Genuß von Kräutern zu stillen. Es zeigten sich bei ihm leichte Vergiftungserscheinungen.

Der erste Hochofen in Betrieb. Die Verwaltung des Hochofenwerkes teilt unter dem 8. August mit: Heute nachmittag 4¾ Uhr wurde der erste Hochofen in Betrieb gesetzt. Der erste Abstich gelang vorzüglich. Das Werk ist somit innerhalb eines Zeitraumes von nur 15 Monaten betriebsfertig errichtet worden.

Arbeiterrisiko. Gestern nachmittag 4½ Uhr verunglückte der Arbeiter Ostnofsky, welcher am Kohlendampfer „Raehna" für die Firma Bernhöft u. Wilde beschäftigt war, dadurch, daß ihm ein Stück Kohle so unglücklich in die Seite fiel, daß er mittels Droschke nach dem Krankenhaus befördert werden mußte. Der Arzt konstatierte einen Rippenbruch.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** Mittels Einbruchs in die Räume des Wirtes zu Grönauerbaum wurden in der Nacht vom 6./7. d. M. folgende Gegenstände gestohlen: 1 goldene Damen-Remontoiruhr mit langer goldener Halskette ohne Schieber, 1 goldene Broche in Form einer Krone, wie sie die Marine-Unteroffiziere als Abzeichen tragen, 1 goldene Halskette mit einem mit Sternen verzierten Kreuz und 4 Kinderhalsketten ohne besonderen Wert. Außerdem eignete sich der Dieb aus der Kasse 4 Mk. Wechselgeld an und nahm eine halbe Flasche Eierkognak und etwa 30 Zigarren mit.

pb. **Schon wieder ein Fahrrad gestohlen.** Gestern nachmittag in der Zeit von 4 bis 4¾ Uhr ist vom Flur eines an der Sandstraße belegenen Geschäftshauses ein Fahrrad Marke: „Walküre" mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 10017 gestohlen. Die Lenkstange des Rades ist linksseitig stark verbeult und die Schutzbleche fehlen.

Stadthallen-Theater. Am Sonntag findet die letzte Wiederholung der Operette „Der Obersteiger" statt. Billets für diese Vorstellung sind bereits in den bekannten Vorverkaufsstellen und der Theaterkasse zu haben. Am Montag wird das immer gern gesehene Schauspiel „Das Schloß am Meer" von Walther gegeben.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Mit Sonnabend verschwindet „Klein Dorrit" vom Spielplan, weitere Aufführungen sind ausgeschlossen. In der Sonntags-Vorstellung wird Sudermann's „Heimat" in derselben glänzenden Besetzung wie bei der Erstaufführung wiederholt. Zu Anfang sind wieder die nach Paul Thumann gestellten lebenden Bilder, den dazu gehörigen Gesang hat Frau Dr. Fuchs-Brandt übernommen. Die Vorbereitungen zu Max Dreyer's: „Die Siebzehnjährigen" sind beendet und geht das interessante Werk bestimmt am Montag erstmalig in Szene.

Hansatheater. Man schreibt uns: „Onkel Bräsig", Fritz Reuters klassisches Meisterwerk, wird Sonnabend im Hansatheater als letzte volkstümliche Vorstellung zum Eintrittspreise von 50 Pf. auf allen Plätzen gegeben. Wiederum ist die Nachfrage nach Billets eine sehr rege. Die Titelrolle spielt Herr Niemeier.

Schwartau. Eine hochwichtige öffentliche Versammlung findet morgen, Sonnabend, abend 8½ Uhr im „Gasthof Transvaal" statt. Dieselbe wird sich mit den letzten im hiesigen Gemeinderat gestellten Anträgen beschäftigen. Außerdem stehen die nächstjährigen Landtagswahlen auf der Tagesordnung. Referenten sind die Genossen Zeidler und Stelling. Arbeiterinnen und Arbeiter, sorgt für einen Massenbesuch.

Hamburg. Totschlag an Bord. Am Mittwoch abend hat sich an Bord des im Kuhwärder Hafen liegenden österreichischen Dampfers „Compania" eine blutige Affäre abgespielt, der ein Menschenleben zum Opfer fiel. Nach Beendigung der Arbeit hatte der erste Offizier Giovanno Baltic dem Matrosen Antonio Giacomo Antic den Auftrag erteilt, die Persenninge zum Bedecken der Schiffsluken zu holen. Der Matrose führte den Auftrag auch aus, wurde aber, als er mit den Persenningen herankam, von dem Offizier angefahren, er habe verkehrte gebracht. Als der Matrose antwortete, daß ihm dann der Auftrag verkehrt erteilt sei, er habe die ihm bezeichneten Persenninge gebracht, schlug der Offizier ihn ins Gesicht. Dies brachte den Matrosen in Erregung, der nun seinerseits auf den Offizier zusprang, um den Schlag zu erwidern. Der Matrose wurde nun von einigen Schiffskameraden zurückgerissen. Als der Offizier sich ihm aber dann nochmals näherte, zog er in dem Glauben, daß dieser ihn wieder schlagen wolle, das Messer und versetzte ihm einen Stich in die linke Brustseite. Der Offizier brach lautlos zusammen. Die Hafenpolizei wurde sofort benachrichtigt und der Täter in Haft genommen. Der ebenfalls herbeigerufene Polizeiarzt Dr. Brandis konnte bei dem Offizier nur noch den infolge innerer Verblutung eingetretenen Tod konstatieren. Der Matrose Antic ist 18 Jahre alt und in Saboniva beheimatet.

Altona. Ein Kind erstickt. Auf höchst eigenartige Weise verlor Mittwoch abend der 1½jährige in Wesendorf (Dithmarschen) geborene C. Ruß, dessen Eltern seit einiger Zeit Gr. Gärtnerstraße 53, 1. Etage, wohnen, sein Leben. Die Mutter ließ, als sie um 8¼ Uhr, um eine Bekannte zu besuchen, die Wohnung verließ, den Knaben schlafend in einer eisernen Bettstelle zurück, über die, um ein Hinausfallen des Kindes zu verhindern, eine Leine gezogen war. Als sie um 11 Uhr heimkehrte, fand sie zu ihrem Entsetzen das Kind tot vor und zwar war es erstickt. Der Kleine, der wahrscheinlich bei ihrem Fortgange erwacht war und sich bewegt hatte, lag mit dem Halse fest zugepreßt unter der Leine, aus welcher Lage er sich nicht wieder hatte befreien können.

Ottensen-Pinneberg. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 6. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis hat soeben seinen Jahresbericht für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis zum 30. Juni 1907 fertiggestellt. Demselben ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahr von unseren Genossen eine außerordentlich rührige Tätigkeit entfaltet, und daß diese auch erhebliche Fortschritte für unsere Partei mit sich brachte. Die Organisation ist ausgebaut worden, die Zahl der Mitglieder sowohl wie die der Leser unserer Preßerzeugnisse ist bedeutend gestiegen, und die Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahre bedeutend erhöht. Unter diesen Umständen kann man den Verlust des Reichstagsmandats verschmerzen. Der Bericht gibt auch unseren Gegnern Lehren, daß es mit dem von ihnen angekündigten Rückgang der Sozialdemokratie nichts ist. Was die Organisation anbetrifft, so ist die Zahl der Ortsvereine von 19 auf 23 gestiegen. Neue Ortsvereine sind gegründet in Eidelstedt, Osdorf, Mooregge und Sülldorf. Die Mitgliederzahl des Zentralvereins hat sich von 5817 im Vorjahre auf 7062 im Berichtsjahre gehoben. Unter den Mitgliedern befinden sich 183 sogenannte Einzelmitglieder, d. h. solche, die keinem Ortsverein angehören. Außerdem sind 648 Genossen (548 im Jahre 1905/6) vorhanden, die zwar keine ordentlichen Mitglieder sind, aber regelmäßig freiwillige Beiträge bezahlen. Genossinnen, welche ebenfalls freiwillige Beiträge bezahlen, sind 1166 gegen 880 im Vorjahre vorhanden. Im Vergleich zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen sind 39 Proz. der Wähler organisiert. Abonnenten im Berichtsjahre waren im Wahlkreise vorhanden: Auf den „Vorwärts" 27 (21), das „Hamb. Echo" 4464 (3978), die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" 1883 (1567), den „Wahren Jakob" 3836 (3411), die „Gleichheit" 998 (559). Die eingeklammerten Zahlen betreffen das Vorjahr. Flugblätter, Broschüren und Kalender wurden durch die Organisation außer bei der Reichstagswahl 19 in 263 400 Exemplaren verbreitet. Öffentliche Versammlungen wurden 86, Mitgliederversammlungen 196 und Frauenversammlungen 37 abgehalten. Die Kassenverhältnisse der Hauptkasse bieten das folgende Bild: Vereinnahmt wurden im Berichtsjahre mit dem 2 617,27 Mark betragenden Kassenbestande vom Vorjahre 53 663,69 Mark; verausgabt wurden 51 955,69 Mk., so daß am Jahresschluß ein Kassenbestand von 1708 Mk. verblieb. Schulden, die wegen der Reichstagswahl gemacht werden mußten, sind, wenn der Kassenbestand von der Summe abgezogen wird, noch 6287 Mark vorhanden. Die dem Zentralvereine angeschlossenen Ortsvereine hatten eine Gesamteinnahme von 48 213,04 Mk., wovon sie 24 755,58 Mk. an die Zentralkasse gesandt haben. Das übrige Geld haben sie, abgesehen von 1444,45 Mk., die sie in ihren Kassen behalten haben, für Verwaltung, Abhaltung von Versammlungen, für Drucksachen, Agitation in ihren Bezirken usw. verausgabt. Die Reichstagswahl hat, wie der Bericht ergibt, außerordentliche Kosten und Arbeiten verursacht. Bei der Hauptwahl und Stichwahl wurden 15 Flugblätter in 540 000 Exemplaren verbreitet und 204 Versammlungen abgehalten. Verausgabt wurden für die Reichstagswahl 20 622,34 Mk. Hinzu kommen noch 3495 Mk., die noch für Drucksachen zu zahlen sind.

Kiel. Wegen Beschimpfung der Landeskirche hatte sich ein Arbeiter vor der Ferienstrafkammer zu verantworten. Er hatte in einer Versammlung des Verbandes der Schmiede in der Gaardener Börse am 13. April im Verschiedenen nach einigen scharfen Ausführungen die Anwesenden zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert. Er soll dabei nach der Aussage des überwachenden Schutzmannes B. am Schluß seiner Rede gesagt haben „Nieder mit dem Dreck". Der Beklagte gibt zu, auf die Unwahrheiten der kirchlichen Lehren hingewiesen zu haben und am Schluß gesagt zu haben „Nieder mit dem Dreck der Unwahrheiten". Mit Rücksicht auf die Unbescholtenheit beantragte der Staatsanwalt 4 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte bat, seiner Stellung wegen auf Geldstrafe zu erkennen. Das Gericht sieht in dem Schlußsatze der Rede jedoch eine so grobe Beschimpfung der Kirche, daß es sich dem Antrag des Staatsanwalts anschließt und den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Kiel. Großes Unglück auf dem Kaiserlichen Kohlenhof Wik. Mittwoch abend fiel einem Arbeiter eine Lowry von einer Stellage herunter auf den Kopf. Er wurde schwer verletzt und hoffnungslos in die Klinik gebracht. Donnerstag morgen brach auf demselben Platz eine Stellage zusammen, wobei vier Arbeiter mit herunterstürzten und schwer verletzt liegen blieben. Ein Arzt legte ihnen Notverbände an. Drei der Verunglückten mußten durch Sanitätswagen nach der Klinik gebracht werden. Die Arbeiter sind schon seit einiger Zeit in Erregung über diese sehr gefahrvollen Arbeitsverhältnisse. Sie drängten sehr energisch auf Verbesserung des Arbeitsmaterials und der Gerüste zur Sicherung ihrer Gesundheit. Jedoch bis jetzt ohne Gehör zu finden. Die Erregung ist infolge der Unfälle noch gewachsen.

Oldenburg. Altertumsfunde. Im Moore, in der Nähe der Bauerschaft Brägel, sind in den letzten Tagen bedeutende Urnenfunde gemacht worden, die an Wohnstätten unserer heidnischen Vorfahren erinnern. Ebenfalls wurde ein großer Opferstein etwa 2—3 Meter unter der Erde freigelegt. Auch beförderte man verschiedene Zierstücke von Holzgeräten ans Tageslicht. Unweit dieser Stelle erhebt sich in der Heide an der Moorgrenze ein Hügel, dessen Kuppe eine muldenartige Vertiefung zeigt. Dieser Hügel wird noch jetzt als ein heidnischer Opferplatz bezeichnet und steht jedenfalls in enger Verbindung zu den gemachten Funden. In dem Lohner-Diepholzer Moor liegen in dieser Richtung auch die alten, künstlichen Römerstraßen, die Bohlwege, die sich durch ihr schwarzes Holz, dem Ebenholz sehr ähnlich, kennzeichnen. Diese Bohlwege wurden vor 10 bis 12 Jahren ca. 1 Meter unter der Oberfläche des Moores bloßgelegt. — Vom Zuge getötet. Am 6. d. Mts., abends 10 Uhr 20 Min., ist auf dem Bahnhof Berne der 77jähre Rentner J. aus Berne bei der Abfahrt des Spätzuges 50 (nach Nordenham) übergefahren und sofort getötet worden. Der Verunglückte ist mit dem Zuge von Hude angekommen und muß an der falschen Zugseite ausgestiegen sein. Bei der Weiterfahrt des Zuges bemerkte der Stationsbeamte, daß die letzten Wagen über ein Hindernis weggingen. Beim näheren Nachsehen wurde die Leiche des Verunglückten auf der linken Schiene liegend vorgefunden. Die Veranlassung des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Stargard i. M. Zwei Kinder erstickt. Am Montag hat sich in dem benachbarten Dorfe Ballin ein entsetzlicher Unglücksfall zugetragen. Die 9jährige Tochter des Arbeiters Bollhof hatte mittags Essen nach dem Felde getragen und war seitdem vermißt, ebenso ein 5jähriger Sohn des Arbeiters Scharf. Nach vielem Suchen kam man an eine große, in der Nähe des Dorfes gelegene Sandgrube, wo sich eine beträchtliche Menge frisch abgefallener Sand vorfand. Unter diesem fand man nach längerem Graben die beiden Kinder als Leichen vor. Wie der Unglücksfall sich zugetragen, vermag niemand zu sagen, wahrscheinlich haben die Kinder oben am Rande der Grube gespielt und sind mit dem Sande, der sich ablöste, in die Tiefe gestürzt. Abends um 6 Uhr wurden sie an das Tageslicht gebracht.

Briefkasten.

H. F., Stockelsdorf. Kann leider Sonnabend nicht kommen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

1. Distrikt.
Heute Freitag, den 9. August, pünktlich 8½ Uhr.

Durch Zufall billig zu vermieten **ein gut möbliertes Zimmer** mit voller Pension für 2 junge Leute Königstraße 36, II.

Zu vermieten zum 1. Oktober **2-Zimmer-Wohnung mit Zubehör** im Preise von 230 Mk. Näheres Kanalstraße 20, part., früher Tivoli.

Ein starkes guterh. Fahrrad für 35 Mk. zu verkaufen. Karpfenstr. 24 a.

1 Kinderschreibpult und 1 Sofa billig zu verkaufen.
Königstraße 28.

Ein sehr gut erhaltenes Sofa billig zu verkaufen. Preis 15 Mk. Beckergrube 64 Fl.

Jeden Sonnabend
Warme Knackwurst.
Heinr. Viereck
Hüxstraße 96.

Empfehle
Prima fettes Rindfleisch
Pfund 60 Pfg.
Bratenstücke 65 u. 70 Pf.
Prima Hammelfleisch
fettes Kalbfleisch und Schweinefleisch
Paul Boldt
22 Wahmstrasse 22.

Eduard Speck
Hüxstraße 80. Hüxstraße 80.
empfiehlt

10 Pfd. Zucker (Kristall)	2.00	Mk.
10 „ „ in Broden	2.20	„
Reine Blockschokolade . Pfd.	75	Pfg.
Reismehl	15	„
Kartoffelmehl	15	„
Sagomehl	20	„
Paniermehl	20	„
Kirschsaft . . Flasche	30 u. 40	„

Meiereibutter Pfund 110 Pfg.
10 Heringe zum sauer legen 35 Pfg.
Otto Burckhardt, Hüxstraße 42.

Ungar-Weine
der Deutschen Zentral-Bodega
vorzüglicher Qualität, direkt bezogen, wie
Ober-Ungar, Ruster, Mónoser, Oedenburger, Szamorodner,
insbesondere
Medizinal-Ungarweine
chem. untersucht, empfiehlt zu billigsten Preisen
Martin Schlüter
Bäckerei und Konditorei
Lübeck, Wakenitzmauer 3.

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin, erschien soeben:
Frauenleiden und deren Verhütung.
Nebst einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Genoveva von Brabant
soeben eingetroffen.
Tonhalle. Tonhalle.

Geschäfts-Eröffnung.
Eröffne am 10. August 1907 Wickedestr. 8 a ein
Fisch- u. Heringsgeschäft
Spezialität: **Geräucherte Fische u. Fischkonserven.**
Um gütige Unterstützung bittet
Carl Schnoor, Wickedestr. 8 a.

Nur noch kurze Zeit!
Räumungs-Ausverkauf

Emaille-Eimer	statt 90	75 Pf.	Tassen m. Untertassen		9 Pf.
Emaille-Becher	statt 20	10 Pf.	Tassen dekor.	statt 25 u. 30 nur	18 Pf.
Emaille-Teller	statt 25	15 Pf.	Brotplatten	früher 25 jetzt	18 Pf.
Glasteller, recht groß,		5 Pf.	Essig- u. Oel-Flaschen		25 Pf.
Satz Schüsseln, 3 Stück,		48 Pf.	Salz- u. Mehlfässer	statt 140	70 Pf.
Butterdosen m. Deckel		20 Pf.	Deckelschüsseln	jetzt 60 u. 88	Pf.

Riesen-Bazar
Breitestrasse 33. Pietro Cagna. Schwartauer Alle 13.
Trotz unserer enorm billigen Preise: **Rote Rabattmarken.**

Allerfeinste Tafelbutter
pro Pfund 1.20 Mk.
empfiehlt **Zentral-Molkerei Rostock.**
Auf Wunsch frei ins Haus.
Verkaufsstellen: Breitestraße 11, Moislinger Allee 2.

Empfehle
Speck, geräuchert,
fett und mager, prima kernige Ware,
aus nur eigenen Schlachtungen
das Pfund nur **80** Pfg.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik.
August Scheere.
Detail-Geschäfte:
Holstenstraße 19. Breitestraße 44.
Mühlenstraße 20. Geverdesstraße 13.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe, 333 u. 585 gest., anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrm., Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlm. 10.
z. B. komplete Betten von 12.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Empfehle einen Posten sehr schöne
geräucherte Mettwurst
Pfund 70 Pfg.
C. Wils, Elswigstraße.

E. BOY, Fischhandlung
Hüxstr. 30. Telefon 115.
Markthalle 46.
Sonnabend trifft eine große Sendung Seelachs ein, in ganzen Fischen nur Pfd. 10 Pf., im Ausschnitt Pfd. 12 Pf. Fischkarbonade, Pfd. 40 Pfg. Rotzunge Pfd. 30 Pfg. Rotzunge, kleine, Stück 5 Pfg. Schellfische, Schollen, Goldbutt billigst.

Neue Sommerfang- und Matjes-Heringe
sowie sämtliche Fluß- und Seefische, Kieler Räucherwaren empfiehlt
Fischhalle „Hansa",
Fünfhausen 33. Markthallenstand 104.
Telephon 1869. Rote Rabattmarken.

Pr. weißes Schmalz 65 Pf.

Pr. ger. Rollschultern	Pfd.	90 Pf.
Pr. ger. Schinkenspeck	Pfd.	90 Pf.
„ fetter Speck	Pfd.	80 „
„ magerer Speck	Pfd.	80 „
Prima Kuheuter	Pfund	50 Pfg.

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16

Empfehlungs-Karten
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Transportarbeiter-Verband.

Die Kollegen, die an dem am kommenden **Sonntag** stattfindenden
Stiftungsfest des Arbeiter-Vereins von Moorgarten und Umgegend
teilnehmen wollen, werden ersucht, sich spätestens um **2¼ Uhr** nachmittags vor der hiesigen Bahnhofs-Halle einzufinden. In Niendorf werden die Lübecker Festteilnehmer mit Musik in Empfang genommen.

Kollegen, beteiligt Euch zahlreich an dem Fest unserer Moorgartener Freunde.

Der Vorstand.

Arbeit.-Radfahr.-Verein Lübeck

Sonntag, den 11. August 1907:
Tour nach Segeberg und zurück nach Schönböcken.
Abfahrt 10 Uhr vormittags vom Vereinshaus.

Sonnabend, den 10. August 1907:
Nachttour.
Abfahrt 9 Uhr abends vom Vereinshaus.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Die Mitglieder werden ersucht, die aus unserer Verbandsbibliothek entliehenen Bücher bis zum 24. August abzuliefern.

Eine Ausgabe von Büchern findet bis auf weiteres nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Lübeck)

Die Bibliothek ist von jetzt ab geschlossen. Die entliehenen Bücher sind möglichst Sonnabend abend abzuliefern.

Die Ortsverwaltung.

Hansatheater.
Heute, Sonnabend 8 Uhr.
Letzte volkstümliche Vorstellung.
Jeder Platz 50 Pfg.
Fritz Reuters
Onkel Bräsig.
Lebendsbild in 5 Akten.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadthallen-Theater.
Direktion: **Ludwig Piorkowski.**
Sonntag 7½ Uhr. 53. Abonn.-Vorst.
Letzte Aufführung von
Der Obersteiger.
Operette in 3 Akten von Zeller.
Billets bereits zu haben.
Montag 8 Uhr. 54. Abonnements-Vorst.
Das Schloß am Meer.

Wilhelm-Theater.
Sonnabend: Anfang 8 Uhr.
Jeder Platz 50 Pfg.
Zum letzten Male:
Klein Dorrit.
Lustspiel in 3 Akten von Schönthan.
Sonntag: **Doppel-Vorstellung.**
Unter gefl. Mitwirkung von Frau
Dr. Fuchs-Brandt-Hamburg.
Frauenliebe und Leben.
Acht lebende Bilder nach P. Thumann.
Gesang: Frau Dr. Fuchs-Brandt.
Hierauf: Heimat.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 184. Freitag, den 9. August 1907. 14. Jahrg.

Die Scharfmacher der deutschen Holzindustrie

haben sich dieser Tage in Hildesheim ihr alljährliches Stelldichein gegeben. Es tagte dort die fünfte Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe. Dieser Verband hatte bekanntlich im April d. J. unter den Nachwirkungen der patriotischen Raserei der bülowschen Reichstagswahlen versucht, die Arbeiterorganisation in der Holzindustrie durch eine allgemeine Aussperrung niederzureiten, ist aber dabei selber nur böse zertrampelt worden. Die Verhandlungen in Hildesheim zeugten denn auch von Anfang bis zu Ende von einem gewaltigen Katzenjammer, der sich hinter den großen Worten einiger Führer nur schlecht verbarg. Es waren vertreten 55 Bezirksverbände. Außerdem war eine Reihe Gäste aus verschiedenen Städten erschienen. Der Jahresbericht des Vorstandes vertrug die Öffentlichkeit nicht recht, weshalb man sich darauf beschränkte, den gedruckt an die Mitglieder versandten Bericht debattelos zu „genehmigen". Die Öffentlichkeit erfuhr nur, daß der Verband am 11. Februar der Streikentschädigungsgesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände angegliedert worden ist. Das ist aber keine Einrichtung, die im Arbeiterlager Heulen und Zähneklappern hervorrufen könnte. Der Jahresbeitrag zu der Streikentschädigungskasse beträgt für jeden beschäftigten Arbeiter 60 Pfg., die Streikprämie dagegen 50 Pfg. pro Streiktag. Im 2. Halbjahr 1906 — der Anschluß hat rückwirkende Kraft bis zum 1. Juli v. J. — bekam der Verband für einen nachgezahlten Gesamtbeitrag von 8205 Mark 9543,50 Mark Prämie heraus (38 174 angemeldete Streiktage bei halbjähriger Mitgliedschaft mit je 25 Pfg. entschädigt). Für die Aussperrung vom Frühjahr würde es demnach ein paar hunderttausend Mark geben, wogegen schon der von Herrn Rahardt zugegebene nachweisbare Schaden der Unternehmer ebensoviele Millionen und der tatsächliche Verlust wieder ein Vielfaches hiervon beträgt, sodaß die völlige Belanglosigkeit der Streikversicherung für den Ausgang der wirtschaftlichen Kämpfe klar zutage liegt. Zudem ist es, wie der Kassierer des Verbandes mitteilte, noch die Frage, ob die Streikentschädigungsgesellschaft für das laufende Jahr die Prämie in der vollen statutarischen Höhe zahlen kann! Der Streikversicherungskasse gehören jetzt an 13 Verbände (1906: 5) mit 328 000 (1906: 285 000) Mitgliedern und einem Gesamtlohnbetrag von 360 000 000 Mk. (1906: 308 000 000 Mk.). Gegen diese stolzen Zahlen nimmt sich der Überschuß der Gesellschaft vom letzten Jahr, der sich auf 17 753 Mk. belief, um so bescheidener aus.

Die Organisationsfrage der Arbeitgeber führte zu einer kurzen Debatte, deren Ergebnis die Annahme folgender Resolution bildete:

„Die Generalversammlung erklärt die zentrale Berufsorganisation als das höchste Ziel der Arbeitgeber (!); diese Organisation ist zunächst zu erstreben. Die Generalversammlung erklärt ferner, daß erst nach erfolgter zentraler Berufsorganisation die gemischte Organisation in einzelne Bezirke zu erstreben ist."

„Die Lehren des letzten großen Kampfes" erörterte in wirrer Rede Herr Siebel aus Düsseldorf. Bemerkenswert war daran nur, daß er die unparteiische Haltung des Berliner Gewerbegerichts bei den Einigungsverhandlungen vom Mai dieses Jahres angriff. Das stellt dem Gewerbegericht nicht das schlechteste Zeugnis aus.

Herr Siebel ist aber sonst nach der Aussperrung ein zahmer Mann geworden, wie so viele. Im Frühjahr gehörte er zu den lautesten Schreiern und „Hetzern", die schon „das Schicksal des Holzarbeiterverbandes besiegelt" sahen; freilich war aber schon damals sein Fleisch schwach, wenn auch der Geist willig, doch auch nicht stärker war. Die Düsseldorfer Unternehmer, die in ihren Konferenzen usw. furchtbar ins Scharfmacherhorn tuteten, besaßen von dem besseren Teil der Tapferkeit genug, um die eigene Haut erst in Sicherheit zu bringen. Nachdem die Aussperrung schon verfügt und auch mancherorts bereits durchgeführt war, schlossen sie mit dem deutschen Holzarbeiterverbande noch einen Tarifvertrag ab. Dann freilich bedauerte Herr Siebel öffentlich, daß die Düsseldorfer Unternehmer sich an der endlichen Vernichtung des Holzarbeiterverbandes nicht beteiligen könnten. Ähnliche Erscheinungen waren bekanntlich während der Aussperrung häufig und das Fiasko der ganzen Aktion stand schon mit der verschleppenden und konfusen Art ihrer Durchführung fest. In Hildesheim lobte Herr Siebel aber die „Disziplin" und die „Opferwilligkeit" seiner Kollegen, und der Vorsitzende betete das Lob- und Dankgebet nach. Es war das Pech der Aussperrungsunternehmer, daß sich die Arbeiter doch andere Begriffe von Disziplin und Opferfreudigkeit gebildet haben.

Einige Angaben des Herrn Siebel über die Stärke der verschiedenen Holzarbeitergewerkschaften bedürfen der Richtigstellung. Herr Siebel eröffnete seinen Kollegen, am Schlusse des Jahres 1906 habe der deutsche Holzarbeiterverband 141 000 und die christliche Gewerkschaft 11 000 Mitglieder gezählt. Herr Siebel war so freundlich, den Christlichen zu geben, um den „Roten" zu nehmen. Tatsächlich musterte der deutsche Holzarbeiterverband Ende 1906 151 000 Mitglieder; Christliche gab es aber nach dem Bericht des christlichen Generalsekretärs Stegerwald 10 400.

Von größerer Wichtigkeit als die Aussperrungs-„lehren" Siebels ist folgende Resolution der Generalversammlung in puncto Behandlung der Arbeiter:

„Die Generalversammlung beschließt, alle bestehenden Organisationen als gleichberechtigt, bezw. verhandlungsberechtigt anzuerkennen und sie bei allen vorkommenden Fällen gemeinsam zu hören."

Das geht über v. Reisweitz, der nur die Arbeiterorganisation schlechthin anerkennen wollte. Die Holzarbeit„geber" dehnen die Anerkennung gleich auf „alle bestehenden Organisationen" der Arbeiter aus. Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Aber a bisserl Falschheit ist bei der Lieb alleweil dabei. Die Christlichen sind nämlich numerisch ganz bedeutungslos; sie dem mächtigen Holzarbeiterverbande als „gleichberechtigt, bezw. verhandlungsberechtigt" zu koordinieren, ist absurd, wenn nicht auf diese unverfängliche Weise die christliche Quertreiberei in die Arbeitervertretung lanziert werden soll. Wenn aber vollends die Hirsche, die den Scharfmachern im Frühjahr infame Judasdienste geleistet haben, ehrlich um ihr Brot kämpfenden Arbeitern als gleich- und verhandlungsberechtigter Teil aufgedrängt werden, so ist die tückisch berechnete Absicht der Unternehmer ganz klar. Deutlicher kann es den Arbeitern nicht wohl gesagt werden, daß die neue, zu Verhandlungen bereite Taktik des Unternehmertums nichts an dem Prinzip des kapitalistischen Herrentums ändert, daß sie nur ein korruptes Mittelchen ist, womit die Unternehmer bei Friedensabschlüssen dunkle Geschäfte machen wollen.

Der Reisesekretär des Verbandes, Herr Fobbe aus Berlin, redete über „Agitation". Man erlebte, daß die besitzessatte Bildung ihre Methode nicht besser zu vermeinen weiß, als mit geistigen Anleihen bei dem verachteten Proleten. Herr Fobbe will in den einzelnen Ortsverbänden Bezirke mit je einem Vertrauensmann an der Spitze errichten sehen; er ermahnt zu mündlicher Agitation, er appelliert an Solidarität und Opferbereitschaft. „Da hat er die Teile in seiner Hand, fehlt leider nur das geistige Band". Man kann so etwas nicht mechanisch kopieren, Herr Fobbe, Seele muß die Sache haben, inneren Schwung. Aber das heißt freilich von der Arbeit„geber"-Agitation das Unmögliche verlangen. Die heilige Begeisterung, der Idealismus, der die proletarische Welt im innersten zusammenhält, die agitatorisch-schöpferischen Kräfte lassen sich einmal nicht in den Geldschrank stellen und nach Bedarf daraus hervorholen. Sie können nur in einer altruistisch auf- und vorwärtsstrebenden Klasse tätig sein, die in Wahrheit noch „heilige Güter" zu gewinnen hat, niemals in einer abwirtschaftenden Kaste, die nur noch ihre unheiligen Güter egoistisch verteidigt.

Die Organisation der Arbeitsvermittelung war der Gegenstand, über den Herr Glocke aus Bremen redete. Seine Ausführungen waren relativ verständig; deswegen fanden sie bei der Versammlung keinen Anklang. Herr Glocke befürwortete nämlich eine Verständigung mit dem deutschen Holzarbeiterverband zur Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise. Man lehnte diesen Vorschlag ab, um nicht die zärtlich geliebten Christlichen und Hirsche kalt zu stellen; auch glaubte man wohl, bei kommunal-paritätischen Arbeitsnachweisen leichter mogeln zu können. Immerhin bildet sich heute im Unternehmerlager der Holzindustrie niemand mehr ein, die Arbeitsvermittelung dem Einfluß der Arbeiterschaft überhaupt entreißen zu können. Das sind in der Holzindustrie vergangene Zeiten. — Zur Annahme gelangte schließlich folgende Resolution:

„Die General-Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Neuregulierung des Arbeitsnachweiswesens an, hat aber gegen einzelne Bestimmungen des ihr vorgelegten Arbeitsnachweis-Regulativs so ernste Bedenken, daß eine Beschlußfassung verfrüht erscheint, zumal die einzelnen Bezirksverbände keine Gelegenheit hatten, zu dem Regulativ-Entwurf vor der General-Versammlung unter sich Stellung zu nehmen. Der Vorstand wird daher beauftragt, in neue Verhandlungen mit dem Holzarbeiter-Verband zu treten und deren Ergebnis der nächsten General-Versammlung zur Entscheidung vorzulegen."

Womöglich der weittragendste und wichtigste Beschluß des Kongresses ging dahin, daß sich der Zentralvorstand des „Schutzverbandes" mit den verschiedenen Gewerkschaften in Verbindung zu setzen habe, um eine Klassifizierung der Städte bezüglich der Arbeitszeit und des ortsüblichen Lohnes herbeizuführen. Wenn dieser Beschluß überhaupt einen Sinn hat, so muß er den Abschluß eines über das ganze Reich ausgedehnten klassifizierten Tarifvertrages nach Art des Buchdruckertarifs einleiten.

Die Hildesheimer Tage sind offensichtlich ein erzieherischer Erfolg der Gewerkschaftsbewegung insofern, als sich das grundsätzliche Herrenrecht des Arbeit„gebers" nicht mehr mit der alten brutalen Offenheit und Unmittelbarkeit auszusprechen wagt. Die Arbeiter sind nicht so töricht, darum an eine arbeiterfreundliche Herzenserweckung des Kapitals zu glauben. Sie werden weiter arbeiten und kämpfen, um ihm die Wolfskrallen zu beschneiden, die noch unter dem Lammfell scheinbaren Entgegenkommens verräterisch hervorlugen.

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Max rang in einem tiefen Atemzuge nach Kraft und Fassung — dann trat er ein. Grete, die auf einem Stuhle saß, sprang freudig in die Höhe bei seinem Eintritt. Ihr hübsches Gesicht sah verweint aus, die Augen waren verschwollen, ihre Züge verstört. Er konnte den mitleiderweckenden Anblick im Gefühl halben Schuldbewußtseins nicht ertragen und wandte den Blick von ihr ab — nach Marie hin, in deren Augen ebenfalls noch der Glanz vergossener Tränen schimmerte.

„Was — was gibt es denn?" stieß er mühsam hervor.

„O Max," rief Grete, aber ein neuer Tränenstrom erstickte ihre Worte, sie konnte nur die Arme um ihn schlagen, um Trost an seiner Brust zu suchen und in stockenden Lauten Marien zurufen: „Sage Du es ihm, Marie."

Zum ersten Mal hielt Max die Geliebte an seiner Brust — ihr Stolz hatte ihm bisher jede innigere Zärtlichkeit verwehrt — o wie selig wäre er gewesen, wenn die Ursache nicht eine so niederschmetternde hätte sein müssen!

„Denke nur, Max," stammelte die Schwester, „heute nachmittag war der Inspektor von S. mit zwei Gendarmen bei Mohrings — Gretes Vater soll falsches Geld ausgegeben haben — er ist verhaftet und fortgeführt worden —"

„Sie haben ihn mitgenommen?" rief Max entsetzt.

„Jawohl. Er sollte Auskunft geben, woher er das Geld hat — das konnte er nicht — schließlich erklärten sie ihn für arretiert. O Gott, o Gott, o Gott," stöhnte Marie plötzlich, von einem unerklärlichen Schmerz übermannt, „und er ist doch unschuldig!"

„Er ist unschuldig — woher weist Du das?" fragte der Bruder, betroffen von dem Gebahren der jungen Frau.

„Wie soll er anders als unschuldig sein?" fuhr da die weinende Gete plötzlich auf. „Glaubst Du etwa an seine Schuld, Max?"

„Ich — o nein — ich weiß ja gar nichts von der Sache. — Ich" — er starrte verlegen Marien an — „ich wundere mich nur über — nein, nein, es ist ja ganz erklärlich. Ihr wart immer so gute Freundinnen und Marie hat ein weiches Herz. Doch erzählt mir, wie alles gekommen ist."

Er sank, völlig zertrümmert von der Wucht der Tatsachen, auf einen Stuhl nieder. Grete trat hinter ihn und legte ihr Haupt an seine Schulter.

„Du mußt ihm helfen, Max," flüsterte sie, „Du — Du hast ja mit der Angelegenheit zu tun. O, wo bist Du nur solange geblieben?" klagte sie mit sanftem Vorwurf.

„Ich konnte doch nicht ahnen — meine Geschäfte — es ist schrecklich, schrecklich," stöhnte er auf. „Wer hätte das heute morgen gedacht! Und übermorgen sollte meine Verlobung sein. O, meine arme, arme Grete!"

„Wir saßen heute nachmittag ganz gemütlich beim Kaffee, als die drei Herren hereinkamen," berichtete das junge Mädchen in bebendem Tone. „Natürlich waren wir beide tödlich erschrocken als wir erfuhren, warum es sich handelte. Der gute Vater konnte kaum sprechen vor Entsetzen, es war, als hätte er den Krampf. Er konnte sich nicht auf den Füßen erhalten, und auch ich mußte mich anklammern, sonst wäre ich gefallen. Wie soll er denn wissen, woher er die Stücke bekommen hat?"

„Wenn aber weiter nichts gegen ihn vorlag, so konnte man ihn doch nicht verhaften," bemerkte Max nach einiger Überlegung. „Es müssen sich doch noch mehr Verdachtsgründe ergeben haben?"

„Wenigstens, was die Polizeileute Verdachtsgründe nennen," schluchzte Grete händeringend. „Man fand es verdächtig, daß er nicht so gefeilscht, wie das die Leute bei derartigen Käufen gewöhnlich zu tun pflegen. — Ich erklärte dem Inspektor, daß Vater das niemals tue, nachdem er sich einmal überzeugt, daß der geforderte Preis dem Wert des Kaufgegenstandes entspreche. Er ist viel zu gut, um jemanden zu drücken."

„Traurig, daß ihm das, was gerade seinen anständigen Charakter anzeigt, zum Bösen gereichen und einen Beweis gegen, statt für ihn bilden muß," warf Georg erregt ein.

„Ja, s'ist traurig," schluchzte Grete. „Und das er nach dem Kaufe so schnell den Markt verlassen habe, daraus machte man ihm gleichfalls einen Vorwurf. Er hatte ja an dem Tage daheim so viel zu tun, daß er eigentlich gar nicht fort wollte. Ich selbst war schuld daran, ich drängte ihn wegen der Kuh. Unsere Lise ist krank und gibt sogut wie keine Milch mehr — mir tat ers schließlich zu Liebe. O, mein Gott, was für ein Gedanke, daß ich ohne zu wollen an seinem Unglück die Schuld trage!"

„Deshalb brauchst Du Dir keinen Vorwurf zu machen, Grete," tröstete Max mit bewegter Stimme.

„Was kannst Du für ihn tun, Max?" drängte das arme Mädchen in den Geliebten.

„Ich? Was ich tun kann?" erwiderte er tonlos. „Das wird wenig genug sein, mein Herz. Ich bin ja kein festangestellter Beamter. Außerdem — doch halt, wir müssen den Vorfall erst noch näher erörtern. Lag weiter nichts gegen ihn vor, als was Du mir angeführt hast?"

„Dem Inspektor erschien es als ein eigentümlicher Umstand, daß der Vater in den letzten zwei Monaten überhaupt keine Einnahmen gehabt hat, bei denen eine Zahlung in Gold in Frage komme."

„Hat er das nicht gehabt?"

„Nein, aber das liegt an der Eigenart unseres Geschäfts, Max. Die Zahlungen für die Weihnachtslieferungen gehen alle bis Anfang März ein, diesmal war es schon etwas früher. Dann tritt eine Pause ein. Wir liefern nur en gros, und im Sommer liegt das Geschäft fast ganz brach. Da also seit März so gut wie nichts geliefert worden ist, so bleiben auch die größeren Zahlungen längere Zeit aus, das ist alle Jahre so — Herr Friedmann wird mir das bestätigen."

„Gewiß," bekräftigte Georg teilnahmsvoll.

„Nun meinte der Inspektor: da die letzte größere Einnahme so weit zurückliegt, die falschen Goldstücke aber erst in neuerer Zeit so häufig aufgetaucht sind, so sei es doch unmöglich, daß Vater die betreffenden Stücke mit jenen Zahlungen erhalten habe. Sie müßten vielmehr erst später in seinen Besitz gelangt sein. Überhaupt seien ihm die betreffenden Gelder durch die Post ausgehändigt worden und bei der Vorsicht, die man in den Postämtern anwende, sei es kaum anzunehmen, daß man falsches Geld, falls der Beamte es überhaupt annehme, weiter zirkulieren lasse."

„Das ist ja richtig," nickte Max trübe. „Die betreffenden Stücke müßten dann erst nachträglich in Deines Vaters Besitz gelangt sein."

„Das ist nicht möglich," beharrte Grete. „Der Vater hat nur ein paarmal kleinere Beträge seitdem einkassiert und die wurden, wie er sich genau entsinnt, alle in Papier- und Nickelgeld ausgezahlt."

Aus dem Polizeisumpf.

Wir lesen im „Vorwärts“:

Polizeiminister kommen und gehen, ebenso Polizeipräsidenten; sie hinterlassen keine Spur; der einzige feste Punkt in dieser Erscheinungen Flucht ist und bleibt auf dem Alexanderplatz der Spitzel. Er wird vom Herrn „Hauptmann“ Arnim und von dem bei „seinen“ Untergebenen so überaus beliebten Wachtmeister Diener — in seinem Zivilverhältnis nebenbei auch noch ein sehr frommer Diener vor dem Herrn — nach wie vor in die sozialdemokratischen Vereine, Geschäfte und dergl. gesandt.

Man hat sich in Parteikreisen schon hier und da gefragt, ob es nicht besser sei, man behalte die Alexanderplatz-Deputierten einfach als „faule Kunden“ im Auge, denn mache man den einen unschädlich, so komme einfach ein anderer, den herauszufinden immer eine gewisse Zeit erfordere. Aber von Zeit zu Zeit muß doch ein Exempel statuiert werden.

Im Grunde ist ja bei den Wahlvereinen und ihren Vereins- und Abteilungssitzungen wirklich nichts auszuspionieren, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte, und wären der preußische Landtag und der Freisinn als Opposition in demselben politisch nicht gar so verlottert, wie es sich in den letzten Jahren gezeigt hat, so hätte der polizeiliche Geheimfonds nicht Jahr für Jahr glatte Bewilligung finden können. Ein oder der andere freisinnige Berliner Abgeordnete hätte — in alter freisinniger Tradition — zwar nicht gegen das System der politischen Polizei losgedonnert, aber doch gegen die geradezu bornierte Art, das Geld der Steuerzahler zum Fenster hinauszuwerfen, wie es die Berliner Polizei in bezug auf die Bespitzelung der sozialdemokratischen Bewegung seit Jahren tut, seine Stimme erhoben.

Wir können heute zu den Neumann, Hemker e tutti quanti einen neuen Kollegen reihen.

A. Palm, Kriminalschutzmann,
Jossenerstr. 25,

hat sich vor einigen Monaten im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise als

Max Heise, Mechaniker,
Willibald Alexisstr. 32, vorn III bei Möck

in den Wahlverein aufnehmen lassen. Er gab an, jetzt Musiker zu sein und abends und Sonntags in Schönhausen zu spielen. In der Willibald Alexisstr. 32 gab Frau Möck bei einer Rücksprache nach „Max Heise“ an, Herr Heise sei zwar schon weggegangen, aber sein Instrumentenkasten sei noch da. Am anderen Morgen kam dann „Heise“ gleich zu dem recherchierenden Genossen gestürzt, um zu erfahren, was er von ihm gewollt habe.

Mit dieser Recherche war für die Genossen festgestellt, daß Frau Möck über die Person des Herrn „Max Heise“ — unter diesem Namen hatte Palm auch den „Vorwärts“ nach der Willibald Alexisstraße bestellt — völlig im klaren und ihm sein Handwerk zu erleichtern bemüht sei. Das braucht nicht wunder zu nehmen. Herr Möck — Postbeamter — ist der Sohn des Hausbesitzers Möck, Jossenerstr. 25, wo Herr Kriminalbeamter A. Palm wohnt!

Herr Max Heise war natürlich im Wahlverein bemüht, sich als recht eifriger und gesinnungstüchtiger Genosse zu bewähren — wo immer ein kleiner Streit war, „Genosse Heise“ blies wacker ins Feuerlein. Speziell der Bäckerboykott gab ihm Gelegenheit, seinen Parteieifer bei mehreren Anlässen ins hellste Licht zu rücken. Er konnte hierbei sein altes und sein neues Handwerk vereinigen, indem er herausspitzelte, ob Genossen etwa noch Brot bei Bäckern kauften, die nicht auf der Liste der Bewilligten standen, und wehe, wenn er so etwas herausfand. Dann zeigte er sich als tapferen Genossen, der „auch mal eine Lippe riskierte“. Besonders eifrig war er bemüht, zu erfahren, woher „sein“ Abgeordneter seine Frühstücksbrötchen bezog; er unterzog sich in uneigennützigster Weise der Mühe, in der Möckernstraße bei verschiedenen Bäckern nachzufragen, ebenso bei Triebensee in der Lichterfelderstraße. Interessant ist es dabei, daß diese stramm freisinnigen Bürgergrößen den Menschen, der sich nach ihren Geschäftsbeziehungen erkundigte, nicht einfach am Kragen nahmen und an die frische Luft setzten, sondern ihm — trotz ihres obligaten Geschreis über die angeblich unerträgliche polizeilichen Schnüffeleien beim Bäckereiarbeiterschutzgesetz — submissest Auskunft gaben. Ja, ja

... der Knecht singt gern ein Freiheitslied des
Abends in der Schänke ...

wenns die Wohllöbliche nicht hört.

Schließlich roch

Kriminalschutzmann A. Palm, Jossenerstraße 25,

den Braten; er kam letzten Mittwoch nicht mehr zum Zahlabend, obgleich er am Montagabend in der Abteilungssitzung noch tapfer den eifrigen Genossen herauskehrte, und nicht am Freitag zur Bezirksführer-Sitzung, wodurch die Genossen um das Vergnügen gebracht wurden, in Gegenwart des überwachenden Polizeileutnants die melodramatische Verwandlungsszene mitanzusehen, wie der musikalische

Mechaniker Max Heise,
Willibald Alexisstr. 32, vorn III, bei Möck,

sich plötzlich in den taubstummen

Kriminalschutzmann A. Palm,
Jossenerstr. 25,

verwandelte. Die Genossen der anderen Berliner Kreise können ja bei späteren Gelegenheiten das nachholen, wenn er, wieder kouragiert geworden, das alte Spiel von neuem beginnen muß.

Mit Emphase hat die politische Polizei von jeher erklärt, die von ihr abgesandten Beamten und Achtgroschenjungen hätten den strengsten Auftrag, sich nur passiv zu verhalten, nicht etwa den agent provocateur, den „Lockspitzel“ zu spielen. Aus den Anarchistenprozessen, aus der Schröder-Haupt-Affäre, aus der Wohlgemuth-Geschichte usw. wissen wir, was davon zu halten ist. Aber vielleicht geben die Vorgesetzten des Herrn Palm Auskunft, ob sie ihren Beamten angewiesen haben, durch Erregung und Schürung von Unfrieden und Zänkereien unter den Genossen — das war Heises Haupttätigkeit — seinen Befähigungsnachweis zu erbringen.

Im übrigen: Fortsetzung folgt bald wieder!

Soziales und Parteileben.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Wie kaum anders zu erwarten war, fallen die meisten bürgerlichen Blätter, die sich mit der Sache beschäftigen, wie Wegelagerer über die bedauernswerten Bergsklaven her. Weil man weiß, daß die Leute, die von frommen Grubenbesitzern ausgebeutet, von der Klerisei verdummt, von den Nationalpolen chauvinistisch verhetzt werden, wahrscheinlich bald wieder zu Kreuze kriechen müssen, höhnt und spottet man ihrer vergeblichen Versuche, ihr Los zu erleichtern. Zum Beweise dafür, wie jämmerlich die Bergarbeiter in Oberschlesien entlohnt werden, setzen wir die letzten amtlichen Lohnangaben hierher. Es betrug der Lohn

Bergrevier:	auf eine Schicht IV. Viertel 1906	auf eine Schicht I. Viertel 1907	in Summa IV. Viertel 1906	in Summa I. Viertel 1907
Oberschlesien . .	3,33	3,39	235	241
Niederschlesien .	3,18	3,20	240	238
Dortmund . . .	4,59	4,70	367	372
Saarbrücken . .	3,97	4,01	295	290

Schlesien hat den Ruhm, die schlechtesten Löhne zu zahlen. Dafür beschäftigt man hier aber auch Frauen und Mädchen im Bergbau. Wie die übertagearbeiter entlohnt werden, zeigt diese Aufstellung:

Übertagearbeiter

Bergrevier	Erwachsene männl.	Jugendliche	Weibliche
Oberschlesien . . .	2,91	1,12	1,21
Niederschlesien . .	2,92	1,19	1,57
Dortmund : . . .	3,77	1,36	—
Saarbrücken . . .	3,53	1,36	—

Weil die armen Teufel für solche Löhne nicht mehr arbeiten wollen, werden sie mit der Plempe verarbeitet und von der bürgerlichen Presse verhöhnt und verspottet. Auch ein nettes Zeugnis für nationale Würde und preußische Sozialpolitik. — Laut Mitteilung der Bergwerksdirektion sind bei der Dienstag-Abendschicht von 5434 Mann 1552 Mann angefahren, 600 Mann mehr als Montag. Bei der Frühschicht am Mittwoch sind von 2168 Mann 1026, also nahezu die Hälfte, angefahren. Auf dem Ostfelde sind bei der gestrigen Mittagsschicht von 840 Mann 259 Mann und auf dem Marianschacht von 52 Mann 7 Mann, sämtlich unter Tage, angefahren.

Die Aussperrung der Kunst- und Bauschlosser in Frankfurt a. M. dauert fort. Insgesamt ergibt sich eine Gesamtzahl von 600 bis 610 Arbeitern, welche vom Kampfe betroffen werden. Nicht einmal die Zahl kommt heraus, welche vom Metallarbeiterverbande angenommen wurde. Er rechnete mit 650 bis 700 Personen. Wenn angesichts dieser Tatsachen die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ die Zahl der ausgesperrten Arbeiter auf 1500 angibt, so übertreibt sie ganz gewaltig. Selbst die Zahl von 600 Personen kommt für die Organisation nicht mehr in Betracht, da bereits eine ganze Anzahl von den in den Kampf eingetretenen oder ausgesperrten Kollegen andere Arbeit angenommen hat; andere sind abgereist.

Die Tischler in Ansbach (Bayern) legten bei sämtlichen Unternehmern die Arbeit nieder, nachdem alle Einigungsversuche an dem Starrsinn der Meister gescheitert sind.

Aussperrungs-Androhung der bayerischen Metallindustriellen. Der Verband der bayerischen Metallindustriellen kündigt die Aussperrung aller in Maschinenfabriken Bayerns beschäftigten organisierten Arbeiter an, wenn die Differenzen der streikenden Holzarbeiter in der Rathgeberschen Waggonfabrik bis Sonnabend nicht beigelegt sein sollten. — In der genannten Fabrik haben, wie schon gemeldet, sämtliche Tischler die Arbeit niedergelegt. Es kommen mehr als 200 Mann in Betracht. Die Direktion hat die Forderung, die Arbeitszeit von 57 auf 53 Stunden zu reduzieren, rundweg abgelehnt. Die Weigerung der Firma ist nicht recht verständlich, nachdem seit mehr als einem Jahre im gesamten Tischlergewerbe die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Die Ungleichheit in der Arbeitszeit gab innerhalb der Arbeiterschaft fortgesetzt Anlaß zu Klagen und Unzufriedenheit.

Sieg der Bauarbeiter in Mülhausen. Der Bauhandarbeiterstreik in Mülhausen (Elsaß) wurde am Sonnabend beendet, nachdem die Unternehmer den Tarif der Arbeiter mit kleinen Änderungen angenommen haben.

Der große Bauarbeiterstreik in Chemnitz ist beendet. Die Chemnitzer Bauarbeiter haben durch ihr geschlossenes Zusammengehen einen großen Sieg errungen. Hier galt es, ein brutales Unternehmertum, das den Herrenstandpunkt durchaus nicht verlassen und allein die Lohnhöhe und die Arbeitszeit den Arbeitern dekretieren wollte, aus dieser Position zu verdrängen. Und das ist gelungen. Der Elfstundentag, den die Herren unter allen Umständen aufrecht erhalten wollten, ist beseitigt; von jetzt an gilt die 10½-stündige Arbeitszeit, vom nächsten Jahre an aber der Zehnstundentag als vereinbart. Der Stundenlohn, der bisher für Maurer und Zimmerer 43 Pfg. betrug, wird sofort auf 47 Pfg. erhöht und fürs nächste Jahr auf 50 Pfg. festgesetzt. Die Bauhilfsarbeiter erhalten pro Stunde 10 Pfg. weniger. Der Streik, der zehn Wochen währte, wurde hauptsächlich durch erzgebirgische Bauarbeiter erschwert, die sich von jeher für die Organisation unzugänglich erwiesen und in Scharen nach Chemnitz kamen und Streikbrecherdienste verrichteten. Es kam infolgedessen oft zu Differenzen mit den Streikenden und eine Anzahl Prozesse wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung durch Streikende ist noch anhängig.

Der Streik in den Käsereien des Allgäu dehnt sich weiter aus. In Memmingen haben sich die Käsereiarbeiter ihren streikenden Kollegen in Kempten und Kaufbeuren angeschlossen und in Ulm wird in einigen Tagen ebenfalls die Arbeit niedergelegt werden. Jetzt versucht auch der christliche Transportarbeiterverband seine Schäfchen, die anfänglich stehen geblieben waren, aus den Betrieben herauszuziehen.

Der Streik der Kornschauerleute im Hafen von Antwerpen ist deshalb von neuem ausgebrochen, weil die Unternehmer die erst kürzlich erfolgte Lohnerhöhung von 5 auf 6 Franken wieder rückgängig machten. Die Situation ist für die Streikenden nicht ungünstig; die englischen Streikbrecher sind natürlich nicht in der Lage, die Antwerpener Hafenarbeiter zu ersetzen.

In Taganrog ist nach der „Weserzeitung“ ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen.

Aus dem Lande der Schulen. Daß in Deutschland geborene und erzogene Leute auch heute noch als Analphabeten aufwachsen können, zeigte eine Verhandlung vor der Straf-

---

„Hierin liegt das belastendste Moment,“ meinte der junge Polizeianwärter. „Auf Grund dieses Umstandes ist vermutlich seine Festnahme beschlossen worden. Indessen, maßgebend ist das alles nicht — es ist recht wohl möglich, daß die Staatsanwaltschaft ihn bereits nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß setzt, wenn keine neuen Belastungsmomente gefunden werden.“

„Wie sollten sie gefunden werden, da er unschuldig ist?“ sagte Grete voll Überzeugung. „Doch Du, Max, kannst Du Dich nicht für ihn verbürgen?“

„Liebes Kind, Bürgschaften gelten da nichts, und wenn sich die halbe Stadt für ihn verbürgen wollte, würde das nichts helfen. Doch ist es möglich, daß man ihn gegen Stellung einer Bürgschaft in Geld wenigstens freiläßt, und das wollen wir zunächst zu erreichen suchen. Das Weitere wird sich finden.“

„Und wie hoch müßte diese Summe sein?“

„Mindestens zehntausend Mark.“

„Woher sollen wir das gleich schaffen?“ rief Grete unmutig. „Da können Wochen vergehen, Max, bevor ich diesen Betrag auftreibe. Und weiter kannst Du gar nichts für ihn unternehmen?“

„Nichts mein Lieb. Ich will morgen nach S. fahren und mit Inspektor — mit dem Inspektor reden, ihm vorstellen, daß Dein Vater eines solchen Verbrechens unfähig ist — ob es etwas nützen wird, kommt auf die weiteren Ergebnisse der Untersuchung an.“

„Du gibst mir wenig Trost, Max,“ hauchte das arme Mädchen traurig. „Ich hoffte, Du würdest Mittel wissen, ihn zu befreien. Aber ich sehe ein, daß das nicht möglich ist. Sei so gut, bringe mich nach Hause, Max, ich sehne mich nach Ruhe.“

Max erfüllte ihren Wunsch. Nach herzlichem Abschied von Marie und Georg verließ sie an der Seite des Geliebten das Haus. Als Max nach einer halben Stunde zurückkehrte, saß das Ehepaar noch immer wie er es verlassen. Marie hatte wiederum geweint, das erkannte er deutlich. Georg aber stand, sobald er hereinkam, auf, ergriff seine Hand und sagte eindringlich:

„Kannst Du wirklich sonst nichts zu seinen Gunsten vollbringen, Max?“

„Nein, Georg — ich bin nur ein Arm und nicht einmal ein weitreichender.“

„O wie bedaure ich das,“ rief Georg heftig ergriffen. „Der arme, unschuldige Mann!“

„Du bist gleichfalls von seiner Unschuld überzeugt?“

„Wie von meinem Dasein,“ beteuerte der junge Mann und schritt in heftiger Gemütswallung auf und ab. „Unschuldig, unschuldig — und muß dieses harte erdulden! Mein Gott, mein Gott!“

„Ja, es ist ein schweres Los.“

„Und auch auf Dich fällt das furchtbare Schicksal zurück, mein armer, lieber Max“, rief Georg voll inniger Teilnahme in seinen Worten. „Du, der so lange auf sein Glück gewartet hat — gerade vor der Erfüllung — o, wie ich Dich bemitleide!“

Max erstaunte. Selber aufs schmerzlichste bewegt, wunderte er sich, seine Verwandten von dem furchtbaren Zwischenfall fast noch erschütterter zu finden, als er selbst war. Marie schien ganz aufgelöst, Georg in fieberhafter Erregung. Es waren wirklich edle, großempfindende, warmherzige Menschen, und ihm mit aufrichtiger Liebe zugetan! Er war wahrhaft gerührt, als er endlich sein Stübchen aufsuchte.

Es war in dieser Nacht, und die Glocken des Kirchturms verkündeten mit ihrer etwas altersschwachen Stimme eben die erste Morgenstunde, als Max, sich schlaflos in den Kissen wälzend, leise, ganz leise, die Tür nach dem Garten öffnen hörte. Mit einem Satze war er am Fenster; der Schatten bewegte sich hastig durch den Garten, gerade so wie vor einigen Tagen. Nur konnte er ihm nicht so weit folgen, weil heute der Mond sich hinter Wolken versteckte und die Nacht dunkel und stürmisch war. Doch hegte der Lauscher keinen Zweifel, daß es Georg war, den er hatte dahingleiten sehen — wohin, darüber zerbrach er sich vergebens den Kopf!

Die Intrigue.

In der Werkstätte der Falschmünzer herrschte heute nicht die gewohnte rege, aber schweigende Tätigkeit, obwohl alle Mitglieder der Bande zugegen waren. Schodler und Farnkoff standen in unruhiger Konversation abseits, während die übrigen, Bentig, Hänig, Lorcher und Kruß sich flüsternd unterhielten. Sogar Arthur Ebeling war anwesend, doch beteiligte er sich nicht an dem Gespräch der Genossen, er streckte seine lange Figur an der schräg aufstrebenden Leiter hin und beobachtete mit gespannter Aufmerksamkeit den Gastwirt und seinen Kellner.

Plötzlich winkte Schodler die Anderen herbei. Alle, auch Ebeling, traten herzu und bildeten einen kleinen Kreis in dem nur mit einem schwachen Licht erleuchteten Keller.

„Ihr wißt alle, was geschehen ist“, begann der Gastwirt mit verstörter Miene. „Mohring ist verhaftet worden, weil er falsche Goldstücke verbreitet haben soll — und vielleicht auch fabriziert.“

„Das bricht uns den Hals“, stöhnte der Bandjakob tiefsinnig.

„Unsinn!“ knirschte Bentig. „Gut ist's für uns.“

„Dieser Meinung bin ich allerdings nicht“, erklärte Schodler mit zusammengezogenen Brauen. „Freilich gehört Mohring nicht zu uns — er ist unschuldig und die weise Justiz ist auf einer falschen Fährte — soviel steht aber doch fest, daß dadurch die Aufmerksamkeit auf unseren Ort gelenkt worden ist und daß wir nun statt des einen Spürhundes ein halbes Dutzend da haben werden.“

„Deshalb warnte ich immer davor, unser Fabrikat hier am Platze zu verwerten“, stimmte Farnkoff ärgerlich bei. „Niemand als Du hast uns das eingebrockt, Bentig. Du bist Markthelfer bei Mohring — nur durch Dich kann das falsche Geld in seine Hände gelangt sein!“

Bentig grinste verächtlich.

„Was tuts? Man will doch auch was von dem haben, wofür man so viel riskiert?“ Ich dachte nicht, daß man das gleich merken würde.“

„Wie habt Ihr's denn angefangen, es bei ihm einzuschmuggeln?“ forschte der Gastwirt mißmutig.

„Auf die pfiffigste Weise von der Welt“, berichtete der Herkules selbstgefällig. „Ich bekomme 20 Mk. Wochenlohn, manchmal in Silber, manchmal in Gold. Nun gab mir vor kurzem Herr Mohring ein ganzes Zwanzigmarkstück. Ich hatte darauf schon spekuliert. Ich steckte das Goldstück hastig in die Westentasche, nahm es aber in demselben Moment wieder heraus und sagte: Ach, wenn's Ihnen egal ist, Herr Mohring, möchte ich lieber Einzelnes haben. Ich will etwas bezahlen. Natürlich wars ihm gleich, er nahm das Zwanzigmarkstück zurück und gab mir Einzelnes, während er das Stück wieder in seine Kassette legte. Das heißt, nicht dasselbe, das er mir gegeben, sondern eins von unserem Fabrikat, das ich in meiner Westentasche verborgen trug und statt des echten zum Vorschein brachte.“

(Fortsetzung folgt.)

kammer zu Duisburg, wo ein 15 Jahre alter Analphabet als Zeuge auftrat, der im Kreise Konitz geboren und aufgewachsen ist und nie eine Schule besucht hat, obgleich er sich körperlich normal befindet. Der 15jährige Analphabet ist der jugendliche Arbeiter Nicoleiczatz in Oberhausen. Der junge Mensch ist widerrechtlich dazu verurteilt worden, als Spielball in den Händen anderer Leute sein Leben zu fristen. Der Junge, von Landarbeitern auf einem Gute zur Welt gebracht, hat die gesetzliche Schulzeit mit Gänse- und Viehhüten verbringen müssen. So werden gesellschaftliche Verbrechen an der Jugend der Ärmsten begangen. Man versteht, weshalb den Herren Ostelbiern und anderen Leuten die dümmsten Arbeiter die liebsten sind, aber wie es möglich ist, daß ein Deutscher ganz ohne Schulbildung aufwachsen kann, das dürften doch wohl nur wenige begreifen.

Stillprämien für Mütter der minderbemittelten Klasse hatte die Stadtverwaltung in Fürth vor einiger Zeit eingeführt in der Höhe von 3 Mk. Weil nun diese der allgemeinen Volksgesundheit dienende kommunale Einrichtung außerordentlich stark in Anspruch genommen wurde, hat die Stadtverwaltung die Torheit begangen, den Satz von drei Mark auf 1,50 Mk. herabzumindern, allerdings gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und noch dazu in geheimer Sitzung.

Moderne Sklaven. In einem Karlsruher Hotel, wo zwei Gehilfen zusammenschlafen, muß der eine, während der andere schläft, im selben Raum 40 bis 50 Paare Schuhe putzen. Sollte es wirklich in dem ganzen Hause keinen anderen Raum geben zum Stiefelputzen? Wieviel Schmutz und Staub muß der Schlafende dabei einatmen? Und ist solcher Schlaf auch noch eine Erholung zu nennen? — In Heringsdorf haben die Kellner die Forderung gestellt auf eine tägliche Reinigung der Schlafräume und Betten, die eine Ruhe ermöglichen, da bei den vorhandenen vermoderten Matratzen und zerbrochenen Bettstellen eine Ruhe unmöglich ist. Die Schlafräume befinden sich im dunklen Keller, die Matratzen sind modrig und feucht.

Die Reblausgefahr. Wie aus Luxemburg gemeldet wird, hat die Reblauskommission bis jetzt schon im ganzen gegen 8000 Stöcke als verseucht erkannt, und es werden noch immer neue Reblausherde entdeckt. Besonders stark verseucht sind die Ortschaften Wormeldingen und Wahlenberg. Der „Wormeldinger" gilt als der beste Luxemburger Moselwein.

Internationaler Sozialistenkongreß Stuttgart 1907. Diejenigen Delegierten, die sich bislang in Stuttgart nicht angemeldet haben, sollten dies nunmehr ungesäumt (bei H. Dietz, Furthbachstraße 12) tun, gleichviel, ob sie Logis begehren oder nicht. Der Parteivorstand.

Zum Parteitag in Essen. Im Anschluß an den Aufruf des Parteivorstandes erläßt die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands in der „Gleichheit" folgende Aufforderung an die Parteigenossinnen:

Genossinnen!

Die Aufgaben der gesamten Sozialdemokratie sind auch eure Aufgaben. Der Behandlung der Fragen, die auf der Tagesordnung des Parteitages stehen, kommt eine schwerwiegende Bedeutung für den doppelten Befreiungskampf der Proletarinnen zu. Als besonders wichtig für die Genossinnen sei hervorgehoben der Bericht über den Internationalen Kongreß, auf dem die Erörterungen über das Frauenwahlrecht von großer Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung sein werden. Auch die Punkte Parteischule und Bildungsausschuß, Maifeier, Alkoholfrage sind geeignet, den Genossinnen eine Fülle von Anregungen für ihre Arbeit zu bieten. Die Zahl der weiblichen Delegierten in Essen sollte im Verhältnis zu der fortschreitenden kräftigen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung stehen, im Verhältnis zu der steigenden Mitarbeit der Genossinnen auf allen Gebieten der Parteitätigkeit. Mögen deshalb die Genossinnen in allen Mittelpunkten unserer Bewegung dafür sorgen, daß dem Parteitag als Delegierte auch Frauen beiwohnen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen. Wo es angängig ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit den Genossen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegiertin verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszunutzen, in öffentlicher Frauenversammlung eine eigene Delegierte zu wählen. Die erfolgte Wahl weiblicher Delegierten ist der Unterzeichneten mitzuteilen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ottilie Baader

Vertrauensperson der sozialdemokr. Frauen Deutschlands
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Eine Ohrfeige für die Regierungsbureaukraten in Reuß ä. L. Die Gemeindewähler in Hohenölsen haben am Sonnabend bei der Neuwahl eines Gemeindevorstehers den kürzlich von der Greizer Regierung seines Amtes enthobenen bisherigen Vorsteher, Genossen Hermann Herzog, mit großer Majorität wiedergewählt. Herzog, der sein Amt bereits längere Zeit zur Zufriedenheit der Gemeindebürger ausgeübt hatte, war lediglich wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie „abgesetzt" worden. Da die Amtsenthebung durch die Regierungspresse als eine Maßregel hingestellt wurde, die von den Gemeindebürgern gebilligt würde, ist die Blamage der Greizer Regierungsperücken um so größer.

Totenliste. In Augsburg ist am Freitag der Genosse Wilhelm Armbruster, der durch 18 Jahre gewissenhaft und mit vollster Hingabe die Bürde des Parteikassierers auf sich genommen hatte, gestorben. — In Pasing bei München erschoß sich der sozialdemokratische Gemeindebevollmächtigte Neher. Ein schweres Leiden (starke Schlaflosigkeit) veranlaßte Neher zu der Tat.

Spießbürgerpresse und Arbeiterpresse.

Eine lehrreiche Kunstdebatte.

Im jüngsten Heft des „Kunstwarts" finden wir folgende Zuschrift eines kleinstädtischen Verlegers über den Zeitungsroman in der Kleinstadt: „So dankenswert die Bemühungen des Dürerbundes sind, durch seine Romanliste und seine Feuilleton-Korrespondenz den Unterhaltungsteil unserer kleinen Zeitungen zu heben, so schweren Stand haben wir Zeitungsverleger, wenn wir ernstlich bessern wollen, vorläufig noch bei unseren Zeitungslesern. Ich habe darüber zweimal unzweideutige Erfahrungen gemacht. Vor einigen Jahren brachte ich in einer damals von mir geleiteten Zeitung in einem Ort von etwas über 20 000 Einwohnern einen Kretzerschen Roman ernster Natur — ich zog mir dadurch das unverhohlene Mißtrauen meiner p. t. Leser zu. Um mein „literarisches Renommee" wieder herzustellen, mußte ich ganz tolles Machwerk folgen lassen, das mir zufällig in die Hände gefallen war, und in dem es von Scheintoten, vergrabenen Diamantschätzen, Giftmischerinnen und Falschspielern wimmelte. Ich erziele einen glänzenden Erfolg: Die ganze Stadt sprach von dem Roman, die Auflage des Blattes stieg beim Quartalswechsel, und wenn ein Leser einmal das Blatt versehentlich nicht erhielt, reklamierte er entrüstet die betreffende Nummer. Ich bemerke, daß meine Zeitung keineswegs nur in den unteren Schichten, daß sie vielmehr vorzugsweise gerade bei den Gebildeten des Ortes und seiner Umgebung verbreitet war. Auch sie lesen den Schmarren mit Eifer. — Kürzlich begann ich in meinem jetzigen Blatte, das in einer Stadt von ähnlicher Größe erscheint, den Abdruck von Ottemar Enkings prächtigen Roman „Familie P. E. Behm". Man sollte meinen, daß die einzigartige Schilderung des Kleinstadt-Milieus gerade bei den Bewohnern eines solchen Städtchens einem gewissen persönlichen Interesse begegnen sollte. Ganz und gar nicht: meine Leser finden den Roman abgeschmackt, die Kleinmalerei langweilig, die Sprache, in der sich die Familie Behm ergeht, gewöhnlich — kurz, man ist höchst unzufrieden. Dabei bin ich noch beim ersten Teil der Erzählung; den zweiten Teil wage ich gar nicht zu bringen. Es wird mir, um auch zu rehabilitieren, nichts weiter übrig bleiben, als abermals zu einem Kolportageroman zu greifen, der schon einmal mein Retter in der Not war. Der Durchschnittsleser will eben in seinem Zeitungsroman nur Verhältnisse geschildert sehen, die ihm nicht vertraut sind, in denen er selbst nicht lebt; die richtigen Romanhelden fangen für den Tütenkrämer beim Baron an. Und da behauptet man noch, wir leben in einem demokratischen Zeitalter. Wie wenig Verständnis für unsere Volkspsyche haben doch die Leute, die dieser Ansicht sind!"

Zu dieser Klage bemerkt der Herausgeber des „Kunstwarts", Ferdinand Avenarius: „Und wie bringt es der Herr Einsender mit dieser Auffassung im Einklang, daß zum Beispiel derselbe Roman „Familie P. E. Behm" in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse Glück macht? Daß in dieser sozialdemokratischen Presse außer dem Roman von Enking, Erzählungen von Fontane, Otto Ludwig, Keller, Gotthelf, Hebbel, Mörike, Raabe nicht nur ohne Widerspruch angenommen, sondern mit Freude genossen und mit Entschiedenheit begehrt werden? Sind unsere Arbeiter wirklich so viel gescheiter, als unsere Leute aus dem Mittelstande? Nein, der Einsender ist eben auch einer von denen, die unter den „Sünden der Väter" büßen müssen, der die Früchte miterntet jenes jahrzehntelangen skrupellosen geistigen Unterbietens zu Geschäftszwecken. Die Arbeiterblätter dagegen haben ihren Lesern den Gedanken beigebracht: lest das Beste, dann wachst ihr daran, lest es, wenns auch zunächst nicht leicht ist, um euch zu heben; versteht, daß es zweierlei Unterhaltung gibt: Zeittotschlagen und Genuß, der nährt, und sei's euch zum Zeittotschlagen zu gut. Es ist diesen Redakteuren nicht eingefallen, zum Kolportageroman zu greifen, wenn die ersten Versuche mißlangen, und so haben sie's allmählich dahin gebracht, daß die Feuilletons ihrer meisten Zeitungen bei ihren Lesern ein weit ernsteres Interesse voraussetzen können, als die der kleinen bürgerlichen Presse. Lernt diese nicht von ihr, fährt sie mit dem Dummhalten und Verdummen fort, so gewährt sie eben den Sozialdemokraten ein Recht, sich als die überlegenen geistigen Bildner des Volkes zu fühlen. Glaubt der Herr Einsender, daß die Darbietung so gehaltvollen Lesestoffs in Arbeiter-Feuilletons früher leichter möglich erschien, als die Aufbesserung der bürgerlichen Feuilletons jetzt? Und bei ihr gelang das".

Die sozialdemokratische Presse darf von dieser hochehrenden Anerkennung durch die angesehenste und verbreiteste deutsche Kunstzeitschrift mit großer Befriedigung Notiz nehmen. Sie ist ein recht drastischer Kommentar zu dem blöden Geschrei böswilliger Gegner von der „verrohenden Wirkung der sozialdemokratischen Hetzarbeit", von der „Bedrohung unserer gesamten Kultur" durch die sozialdemokratische Bewegung, und wie sonst noch die Schwätzereien lauten mögen. Ein ähnlich ehrendes Zeugnis wird übrigens der Sozialdemokratie in der gleichen Nummer des „Kunstwarts" auch noch von anderer Seite ausgestellt. Ernst Schulze (Hamburg-Großborstel) erörtert die Wege zur Verbreitung guter Volksliteratur. Er bemerkt dabei u. a., daß in den Arbeitervereinen vor den politischen oder wirtschaftlichen Interessen die geistigen zurücktreten müßten, fährt aber fort: „Immerhin muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß durch manche sozialdemokratische Buchhandlungen sehr viel gute Bücher verkauft werden, auch das Feuilleton mancher sozialdemokratischen Zeitung literarisch mit dem unserer besten Zeitungen in Wettbewerb treten kann.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Greisin wegen 23 Pfennig — auf drei Jahre ins Zuchthaus geschickt. Die Strafkammer in Tilsit hat am Freitag ein ganz unbegreiflich hohes Urteil gegen eine alte Frau gefällt. Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde der Strafkammer die 66 Jahre alte Losfrau Anna Petereit. Sie wurde beschuldigt, am 15. Juni d. J. auf dem Tilsiter Schweinemarkt einer Landfrau ein Portemonnaie mit 23 Pfennig aus der Tasche gestohlen zu haben. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Wir entnehmen diese kurzen Angaben der bürgerlichen Presse. Diese hält es nicht für nötig, einen längeren Bericht zu bringen. Insbesondere teilt sie nicht mit, aus welchen Gründen die Frau den Taschendiebstahl begangen hat. Sie weiß nur noch zu erzählen, daß die Angeklagte schon öfters im Gefängnis gesessen hat. Das wird wahrscheinlich auch für das Gericht ausschlaggebend gewesen sein, eine solch harte Strafe über die Losfrau zu verhängen. Angesichts dieses Urteils stellt selbst die konservative „Elbinger Zeitung" folgende Frage: Welche Strafe hat unter diesen Umständen ein Zehn-Millionenschwindler verwirkt, der seit 17 Jahren fortgesetzt Unterschlagungen gemacht hat?!

Bürgerliche Geschäftspraktiken im Gastwirtsgewerbe. Vor dem Schöffengericht in Halle war kürzlich ein Agent und Restaurateur R. angeklagt, der sich nachweisen lassen mußte, daß er sich selber der Bauernfängerei bezichtigt hatte. Es handelte sich um den Verkauf einer Restauration in der Goethestraße daselbst. Käufer war ein Ehepaar aus Blankenburg a. H. Der Angeklagte, der den Kauf und Verkauf von Gastwirtschaften gewerbsmäßig betrieb, war Besitzer dieses Restaurants. Er erhielt eine Anzahlung von 400 Mk. und stellte im Kaufvertrage folgende Bedingung: „Sollte einer der Kontrahenten vom Kaufe zurücktreten, so hat der Zurücktretende dem anderen ein Reugeld von 400 Mk. zu zahlen." Es soll nun, wie in einer früheren Strafkammerverhandlung vom Staatsanwalt mitgeteilt wurde, ein beliebtes Manöver sein, Schankwirtschaftshäuser um das ausbedungene Reugeld zu prellen, indem man ihnen nach Unterzeichnung des Vertrages durch Warnungen von anscheinend unbeteiligter Seite den Kauf wieder leid zu machen bemüht ist, bis der eine oder andere schließlich nach Hinterlegung des Reugeldes lieber das Weite sucht, um nicht durch Übernahme des ihm nun recht miserabel geschilderten Geschäfts noch mehr zu verlieren. Auch R. hatte dieses schlaue Manöver den Blankenburgern gegenüber in Anwendung gebracht, weil er für seine Restauration noch einen zweiten Reflektanten wußte. Da er aber den Warnungsbrief selbst dem Sohne einer Bekannten in die Feder diktiert hat, so konnte endlich einmal Betrug konstatiert werden. Der Inhalt des Schreibens, der in der Urteilsbegründung als „der Wahrheit ziemlich nahe kommend" bezeichnet wurde, ist für die bedauerlichen Mißstände im Gastwirtschaftsgewerbe außerordentlich kennzeichnend. „Stürzen Sie sich nicht ins Unglück," hieß es darin, „und nehmen Sie hier in Halle kein Restaurant, denn hier kann keiner bestehen, weil jeder die Konzession bekommt. Das von Ihnen gekaufte Restaurant ist in einem einzigen Jahre viermal geschlossen worden." An diese Schilderung der Mißstände im allgemeinen knüpfte nun R. folgende offenherzige, im ganzen Gerichtssaal Verblüffung hervorrufende Kritik seiner eigenen Person: „Vor allem nehmen Sie sich vor R. in acht, denn der ist einer der größten Agenten und hat immer fünf bis sechs andere um sich herum. Die unterstützen sich gegenseitig, da wird das Blaue vom Himmel heruntergeschwindelt! Die Polizei ist selbst dahinter her, diesem Treiben ein Ende zu machen, aber diese Bauernfänger sind zu schlau. Sogar die Rechtsanwälte sagen: „Die sind schlauer als wir, obgleich keiner seinen Namen richtig schreiben kann!" Unterzeichnet war das Schriftprodukt: „Fritz Rock, Halle, postlagernd." Es hatte zunächst die gewünschte Wirkung: das Ehepaar reiste schleunigst nach Halle, zog hier über das Restaurant nähere Erkundigungen ein und trat dann vom Kaufe zurück. Zugleich aber erstattete es gegen R. Anzeige wegen Betruges, da es in ihm von vornherein den eigentlichen Regisseur des Warnungsmanövers vermutete. R. wurde auf die Anzeige hin sofort in Untersuchungshaft genommen. Der Amtsanwalt beantragte gegen ihn wegen Betruges eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Gericht erkannte aber auf sechs Monate. Der Angeklagte habe ganz gewissenlos gehandelt; sein Betrugsmanöver sei so durchtrieben, so raffiniert, daß Milde hier ganz und gar nicht am Platze sei, zumal in Anbetracht der in Halle gerade auf diesem Gebiete herrschenden gerichtsnotorischen Mißstände.

Die Tat eines konfusen Menschen. Gelegentlich des Maurerstreiks in Halle war in der Nacht zum 27. Juni der 47jährige streikende Maurer Franz Rechenberg mit einem geladenen Revolver an die Baracken eines Neubaues gegangen, um den dort einquartierten arbeitswilligen italienischen Maurern etwas auszuwischen. Als er dort in der Dunkelheit an einem Bauzaun stand und, wie er vor Gericht angab, die Italiener durch Schreckschüsse in die Flucht jagen wollte, kam der Polizeiwachtmeister Brüßke dort vorbei und rief den nunmehr die Flucht ergreifenden Rechenberg an, stehen zu bleiben. R. lief aber weg und gab auf den Wachtmeister, der ihn verfolgte, aus dem mit Vogeldunst geladenen Revolver vier Schüsse ab. Dem Beamten drangen mehrere Schrotkörner in das Kinn, die keine dauernden Nachteile hervorriefen. R. wurde durch den Beamten eingeholt und durch drei Säbelhiebe über den Kopf kampfunfähig gemacht. Der Täter, der am 6. August von der Ferienstrafkammer wegen Widerstandes und Angriffs mit einer Waffe angeklagt war, erklärte, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei. Der Staatsanwalt bezeichnete R., der bisher unbestraft ist, als einen konfusen Menschen und beantragte neun Monate Gefängnis. Das Urteil lautete dem Strafantrag gemäß. — Die phantasievollen Kombinationen, die seinerzeit von der Scharfmacherpresse zu dem Fall gemacht wurden, sind durch die Verhandlung zerstört worden.

Aus Nah und Fern.

Zur Gnesener Eisenbahnkatastrophe. Gerüchtweise verlautet, daß zwei der Schwerverletzten gestorben sind. In Posen ist hiervon an maßgebender Stelle nichts bekannt. — Kurz bevor der Zug Tremessen passierte, fuhr ein Güterzug die Strecke entlang. Der Lokomotivführer bemerkte die starken Schwankungen, als er das Geleise passierte und wollte den D-Zug warnen. In Tremessen war kein Telephonanschluß zu erreichen. Der Güterzug fuhr bis Gnesen weiter. Von dort wurde auf Veranlassung des Lokomotivführers sofort nach Tremessen telephoniert, daß der D-Zug nicht abgelassen werden solle. Es war aber bereits zu spät. Als der Rettungszug von Gnesen, der den Verwundeten u. a. Wein zur Stärkung bringen sollte, an der Unglücksstelle eintraf, stellte sich heraus, daß die Arbeiter des Rettungszuges den Wein ausgetrunken hatten. — Die „Köln. Ztg." erfährt als zuverlässig aus Gnesen, daß die Ursache des Unglücks bei Tremessen darin zu suchen sei, daß bei der Instandsetzung eines Geleises leichtsinnig verfahren worden ist. Die Schienen waren nur mit einigen Schrauben verbunden. — Gegen den Bahnmeister der Strecke Mogilno-Gnesen, Bajor, und gegen den Führer der ersten Lokomotive Bargel, aus Gnesen, ist das Verfahren eingeleitet worden. Beide wurden vorläufig ihres Dienstes enthoben. Bajor hat die Verpflichtung, dem auf der Strecke ankommenden Zug als Leiter der Streckenarbeiten rechtzeitig das Signal auf langsame Fahrt zu geben. Er behauptet, dem Bahnwärter eine dahin lautende Instruktion gegeben zu haben. Dieser erklärte auch, beim Herannahen des Zuges eine rote Laterne gezeigt zu haben.

Schwere Explosion. Mittwoch, vormittags 10 Uhr 44 Min., explodierte auf dem Personenbahnhofe Hannover der Hauptluftbehälter der den Schnellzug 136 übernehmenden Lokomotive 502, als der Zug noch am Bahnsteig 4 hielt. Der Luftbehälter wurde in die Höhe geschleudert, durchschlug beim Niederfallen das östlich gelegene Hallendach und fiel etwa 50 Meter von der Lokomotive auf einen vor dem Zuge stehenden Reisenden aus Hannover, diesen sofort tötend. Weitere Verletzungen und Beschädigungen, auch an der Lokomotive, sind nicht vorgekommen.

Massenerkrankungen von Soldaten. Beim Feldartillerieregiment 75 in Halle erkrankten 40 Mann in einer Nacht unter rätselhaften Erscheinungen. Lebensgefahr besteht nicht.

9 Personen ertrunken. 9 Pioniere der Bataillone 1 und 18 ertranken gestern abend bei dem Dorfe Arnau im Pregel, trotzdem sie alle gute Schwimmer waren. Sie hatten ihren Fährkahn, auf dem 17 Mann sich befanden, an einen Dampfer gehängt. Als der Kahn umschlug, stürzten sie ins Wasser und vermochten sich bei ihrer schweren Ausrüstung nicht zu retten.

Pfarrer Gaisert. Aus Gündelwangen kommt die Nachricht, daß Pfarrer Gaisert begnadigt und aus dem Freiburger Landesgefängnis entlassen worden ist, doch wird Pfarrer Gaisert nicht mehr auf seine Pfarrei nach Gündelwangen zurückkehren. Das Drama von Gündelwangen ist damit zu Ende. Gaisert wurde am 20. Januar 1906 verhaftet und am 13. März vor der Strafkammer in Waldshut von der Anklage des Meineides freigesprochen. Auf ergangene Revision der Staatsanwaltschaft wurde jedoch das Waldshuter freisprechende Urteil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Freiburg verwiesen. Die Strafkammer Freiburg hat Pfarrer Gaisert des Meineides schuldig erkannt und zu der geringst zulässigen Strafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Anfangs März wurde der Verurteilte vom Großherzog zu sechs Monaten Gefängnis begnadigt, und am 16. März hat Gaisert seine Strafe im Freiburger Landesgefängnis angetreten. Am 1. August erfolgte die Entlassung, sodaß er im ganzen 4½ Monate von der Strafe abgesessen hat.

Ein unmenschlicher Vater. Über unglaublich rohe Mißhandlungen, die sich der Musikdirektor Steindel in Stuttgart an seinen Söhnen zu schulden kommen ließ, werden der „Heilbronner Neckarzeitung" empörende Einzelheiten berichtet. In dem von wohlunterrichteter Seite stammenden Artikel heißt es unter anderem: Es mögen jetzt sechs Jahre her sein, daß Vater und Söhne gemeinsame Konzerttournees unternahmen, die durch ihre voraufgehenden Proben zu wahren Leidensepochen für die Kinder wurden. Auf zwei bis drei Jahre reichen Mißhandlungen zurück, die zunächst auf Anzeige an die Polizei zu Verwarnungen Steindels, zur Einsetzung eines Vormundschaftsgerichts, Entfernung der Kinder und schließlich zur Sistierung Steindels führten. Ihr letztes Konzert gaben Vater und Söhne im März d. J. in der Irrenanstalt Winnenden. Da der rohe Vater trotz der Warnungen sich nicht bemeistern konnte und in der barbarischen Behandlung namentlich des jüngsten Sohnes fortfuhr, entliefen ihm die Söhne, die schließlich gar nicht mehr in der elterlichen Familie verkehrten, sondern sich in fremden Häusern in Stuttgart einmieteten. In Fluß kam das Vorgehen gegen Steindel durch Klagen, die Albin, der Jüngste, bei dem Polizeirat W. in Stuttgart anbrachte; dies hatte die Intervention eines Stadtmissionars zur Folge. Die eingeleitete Untersuchung führte zu dem Beschluß des Vormundschaftsgerichts: Albin sowie den ältesten Sohn Bruno der väterlichen Zucht zu entziehen. Bruno ist jetzt Mitglied der Kurkapelle in Ilmenau, während Albin in der Familie des Pfarrers in Wittlensweiler bei Freudenstadt untergebracht ist. Nachdem die Akten vom Vormundschaftsgericht an die Staatsanwaltschaft weitergegeben waren, wurde der Vater verhaftet. Die Akten enthalten schwere Anklagen. „Ich erwürge euch!" „Ich schlage euch tot!" das waren die täglichen und stündlichen Schimpfworte. Zu furchtbaren Stunden gestalteten sich die Proben. Nach jedem Satze hagelte es Hiebe. In teuflischer Weise kehrte sich die Wut des Vaters gegen das jüngste Kind. Es wurde mit Klavierzangen gezwickt, gestoßen, geschlagen, Stecknadeln wurden ihm ins Fleisch gestoßen, daß sie stecken blieben. Das Roheste beging der Vater, als er den entkleideten Jungen auf einen glühenden Ofen setzte. Da bei einer Wiederholung der Folter der Ofen nicht mehr heiß genug war, schlug der Vater den Jungen mit einem Besen derart, daß das Blut herabrann. Die ärztlichen Untersuchungen durch Dr. O. konstatierten die schweren körperlichen Mißhandlungen der Kinder, die obendrein „Hunger gelitten" hatten.

Aus einer bürgerlichen Krankenkasse. Eine auf Anordnung der Untersuchungsbehörde bei der Krankenkasse für selbständige Handel- und Gewerbetreibende in München vorgenommene Bücherrevision ergab Unterschlagungen des derzeitigen Kassenverwalters Winkler in Höhe von über 2000 Mk. Die Passiva der Kasse auf Ärzte- und Apothekerrechnungen dürften 2500 Mk. übersteigen. Auf Grund dieser Sachlage wird von einigen Gläubigern die Anmeldung des Konkurses betrieben.

Seine eigene Tochter ermordet. Im Dorfe Süß bei Rothenburg ermordete der Bergmann Simon seine Tochter. Dieselbe hatte einen Fehltritt begangen. Abends wurde Simon im Wirtshause deswegen gehänselt. Er kehrte voller Wut zur Wohnung zurück, mißhandelte und würgte seine Tochter, bis sie tot war. Simon wurde verhaftet. Er gestand die Tat ein.

Bergmannslos. Aus Eisleben wird berichtet: Auf dem Zirkelschachte bei Klostermansfeld riß gestern früh bei der Einfahrt in den Schacht das Seil. Der Förderkorb stürzte in die Tiefe. Drei Bergleute wurden verletzt, drei getötet.

Der neue Zeuge im Fall Hau verhaftet. Freiherr v. Lindenau, der neue Zeuge im Fall Hau wurde Mittwoch abend 6 Uhr in Mannheim wegen Erpressungsversuchs, Beleidigung und Begünstigung verhaftet. Er hatte an Olga Molitor einen Brief geschrieben des Inhalts, er habe gesehen, wie sie ihre Mutter erschossen habe. Er verspricht ihr zu schweigen, versichert sie seiner Liebe und wirbt um ihre Hand. Eingeweihte Kreise wollen die Zeugenschaft des Freiherrn v. Lindenau nur als ein Geldmanöver betrachten, da der Zeuge äußerst schlecht akkreditiert sei. — Olga Molitor ist, der „Neuen Badischen Landeszeitung" zufolge, gestern nachmittag zur Konfrontation mit dem verhafteten Frhrn. v. Lindenau in Mannheim eingetroffen. Die Konfrontation fand um 6 Uhr abends statt und dauerte nur kurze Zeit. Über das Ergebnis wird Stillschweigen beobachtet.

Die flüchtige Ordnungsstütze. Zur Flucht des Pastors Eduard Kirchberg aus Büddenstedt im Herzogtum Braunschweig, der von der Staatsanwaltschaft wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an Kindern unter 14 Jahren, steckbrieflich verfolgt wird, schreibt man noch: Der gute Mann war ein besonders eifriger Sittlichkeitsfex, der nicht selten mit seinem gewaltigen Wort gegen die Unsittlichkeit des Volkes zu Felde zog. Bereits vor 4 Jahren munkelte man davon, daß sich Kirchberg an einem Mädchen unsittlich vergangen haben sollte. Jetzt hat ihn das Verhängnis ereilt oder — auch nicht ereilt. Denn Kirchberg hat es vorgezogen, bereits am 16. Juli zu verdusten. Obgleich sofort von seiner Flucht und den Sittenverbrechen berichtet wurde, erfolgte die Veröffentlichung des Steckbriefes erst am 6. August. Zeit genug hatte der Verbrecher also, sich in Sicherheit zu bringen. Bezeichnend ist es auch, daß die gesamte bürgerliche Presse des Herzogtums die Schandtaten des Geistlichen zu beschönigen versuchte, die Sittlichkeitsverbrechen bestritt und nur von Ungehörigkeiten Kirchbergs sprach. Jetzt gibt es nichts mehr zu vertuschen. Kirchberg ist 53 Jahre alt und Familienvater.

O Welt, wie bist du so schön! In Hof in Bayern kam dieser Tage zu Fuß eine Familie an, bestehend aus Mann, Frau und vier kleinen Kindern. In einem elenden Karren, den die müde Frau keuchend dahinschob, saß auf den wenigen Armseligkeiten das kleinste Kind, während die anderen drei hungernd daneben her trotteten. Ein Mann, der nach dem Weg nach Bayreuth gefragt wurde, erhielt von dem Vater der Familie folgende Auskunft: Der Mann wurde vor einiger Zeit aus seiner Heimat Schlesien nach dem westfälischen Industriegebiet angeworben. Dort angekommen, mußte er Streikbrecherdienste verrichten. Als die Arbeitsplätze wieder mit jungen kräftigen Leuten besetzt waren, konnte man den älteren ausgemergelten Arbeiter nicht mehr gebrauchen, er wurde entlassen. Nun wandert die Familie seit Wochen in Deutschland umher. Der Mann findet nirgends Arbeit, man kann ihn nicht gebrauchen, man will gesunde, kräftige Arbeiter. Schließlich hätte er doch wo in Arbeit treten können, aber es gibt ihm niemand Kredit, seine Verhältnisse sind zu wenig vertrauenerweckend. Er wandert mit seiner Familie weiter. Über kurz oder lang wird die bürgerliche Presse melden: In einem Chausseegraben wurde eine Familie, anscheinend dem Arbeiterstande angehörend, dem Verhungern nahe aufgefunden. Usw. — O Welt, wie bist du so schön!

Der Fernwecker. Ein gar launiges Postkuriosum wird der „Breslauer Morgenzeitung" aus ihrem Leserkreise mitgeteilt. In München, meinem ehemaligen Wohnsitze, so erzählte die Zuschrift, war ich auch Inhaber eines königlich bayerischen Telephonanrufs. Wie bei uns in Preußen wird auch im schönen Bayernlande die telephonische Verbindung durch Damen hergestellt. Ganz im Gegensatz zu Breslau stand ich mit den Münchener Telephonfräulein auf einem ziemlich freundschaftlichen drahtlichen Verkehrsfuße. Eines Nachts langte ich — ich glaube, ich war kurz vorher im Hofbräuhause — zu etwas später Stunde zu Hause an. Am nächsten Morgen sollte ich um fünf Uhr früh eine Reise antreten. Mich niederlegen und erst in später Mittagstunde erwachen, wäre — ich kenne mich darin sehr genau — eine feststehende Tatsache gewesen. Eine Weckuhr nannte ich auch nicht mein eigen. Da kam ich auf eine kühne Idee: das königlich bayerische Fernsprechamt muß mir aus der Verlegenheit helfen. Ich hob die Hörer ab. Das Fräulein vom Amt meldete sich: „Hier Amt!" — „Ach mein liebes Fräulein („liebes" betonte ich nachdrücklich), hätten Sie nicht die Güte, mich um Punkt fünf Uhr telephonisch zu wecken, ich muß dringend verreisen!" Ich hörte ein lustiges Lachen. „Na — ich werde mal so gut sein, schlafen Sie wohl!" — Punkt fünf Uhr schnarrte das Telephon mit einer Vehemenz, als ob nicht ein in schweren Schlaf Verfallener, sondern ein Toter geweckt werden sollte. Ich sprang aus dem Bette und lief an den Fernsprecher. „Fünf Uhr, aufstehen!" tönte es mir lustig entgegen. Ich war entzückt und gab meinen Gefühlen in beredten Worten Ausdruck. Doch das königlich bayerische Telephonfräulein schnitt mir das Wort vom Munde ab, indem sie meinte: „Bitte — keine Beamtenbeleidigung . . ."

Sittenverbrechen. Gegen den Kooperator Kozelek in Müglitz wurde, wie die „Rovnost" berichtet, wegen Sittlichkeitsverbrechens die Anzeige erstattet. Die Sache verhält sich nach Aussagen einiger Schulmädchen höchst skandalös. Der Kooperator hat in der dritten oder vierten Mädchenvolksschulklasse während des Religionsunterrichtes die zehn- und elfjährigen Mädchen geschändet. Natürlich ist der Pfaffe sofort von Müglitz verschwunden und soll nach Amerika durchgebrannt sein. Von anderer Seite wird behauptet, daß er sich in einem Kloster versteckt hält. Bisher sind dreizehn Mädchen festgestellt, die dem Pfaffen zum Opfer gefallen sind. — Infolge einer Anzeige wurde von der Polizei in Troppau festgestellt, daß ein den bevorzugten Ständen angehöriger Herr seit längerer Zeit Schulmädchen im Alter von 8 bis 11 Jahren in seine Wohnung lockte und unsittliche Attentate scheußlichster Art an ihnen verübt hat. Der seiner Untaten geständige Wüstling wird sich wegen Schändung in zahlreichen Fällen zu verantworten haben.

Explosion. In der Straße Santo Antonio Estrella in Lissabon ereignete sich heute eine Explosion von Sprengstoffen, mit deren Herstellung ein Kupferschmied beschäftigt war. Vier Personen wurden schwer verletzt im Spital aufgenommen, wo sie in Haft gehalten werden. Die Polizei umstellte das Haus, in dem sich die Explosion ereignet hatte und nahm eine Durchsuchung der Räume vor, bei der ein Buch mit Rezepten für die Herstellung von Explosivstoffen sowie ein Vorrat von Chemikalien beschlagnahmt wurden. Es wurde noch eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, aber nur zum Teil aufrecht erhalten.

Die Empfindungen des Menschen im lenkbaren Luftschiff.

Im Hinblick auf die kürzlich mit so großem Erfolg unternommenen Probefahrten lenkbarer Luftschiffe in Frankreich und bei uns, dürfte eine Schilderung der Empfindungen des Aronauten in einem solchen Luftschiff von besonderem Interesse sein, die der rastlose Erfinder auf diesem Gebiete, Santos-Dumont, in seinem kürzlich erschienenen Buche „In der Luft" niedergelegt hat. In dem Augenblick, da man den festen Erdboden unter sich entschwinden fühlt, so führte er aus, wird man zum Abenteurer, zum Forscher, zum Entdecker. Man hat keine Gewißheit mehr, wo man sich eigentlich befindet, alle Anhaltspunkte zur Lokalisierung entschwinden. Santos-Dumonts erste Empfindung als Luftschiffer war Überraschung. „Ich war überrascht, zu fühlen, wie das Schiff geradenwegs aufwärts stieg. Ich war überrascht, zu spüren, wie der Wind mir ins Gesicht blies." Wenn ein gewöhnlicher Ballon horizontal durch die Luft dahingleitet, so hat man das bestimmte Gefühl, daß das Fahrzeug unbeweglich steht, während die Erde unter ihm sich zu drehen scheint. „Während meine Maschine die Luft teilte, schlug mir der Wind ins Gesicht, zerrte an meinen Kleidern, schlug meinen Rock zurück, wie auf dem Deck eines Ozeandampfers. Aber vielleicht ist es richtiger, die Motorluftschiffahrt mit der Flußdampfschiffahrt zu vergleichen. Denn mit der Segelfahrt hat sie so gut wie keine Verwandtschaft. Das „Kreuzen" des Luftschiffes ist eine nur äußerliche Ähnlichkeit, die nicht viel besagt; dagegen ist die Parallele mit dem Flußdampfer, der gegen die Strömung kämpft, nahezu erschöpfend. Bei Windstille entspricht die Fahrt der auf einem stillen See. Wenn mein Motor mich mit einer Stundengeschwindigkeit von 30 Kilometern durch die Luft treibt, so gleiche ich dem Kapitän, der sein Schiff mit und gegen den Strom in der gleichen Geschwindigkeit laufen läßt. Nehmen wir an, die Strömung hat eine Schnelligkeit von 15 Kilometern; fährt das Dampfboot gegen den Strom, so entwickelt es, am Ufer gemessen, eine Schnelligkeit von 15 Kilometern. Mit dem Luftschiff ist es dasselbe. Darum sucht der umsichtige Luftschiffer, bei windstillem Wetter zu fahren, und darum versucht er es, wenn eine widrige Strömung sich ihm entgegenstellt, sie zu umgehen, entweder durch ein Sichsenken oder ein Steigen. So machen es auch die Meister des Fluges, die Vögel. Der Kapitän des Flußdampfers hält sich nahe dem Ufer, um den Widerstand der Strömung nach Kräften zu vermeiden. Er fährt lieber mit der Ebbezeit flutabwärts, als gegen die Flut. Und so operiert auch der Kapitän des Luftschiffes. Und gegenüber dem Segler hat der Aronaut ein Übergewicht; er kann einer Strömung ausweichen und eine bessere suchen. Die Atmosphäre ist voll von wechselnden, einander widersprechenden Strömungen; durch ein Steigen oder Fallen wird man stets eine Region, sei es der Windstille, sei es der günstigen Strömung, finden können. Das sind nur praktische Maßnahmen, und sie haben nichts zu schaffen mit der Fähigkeit, auch widrige Winde zu überwinden." Anfangs glaubte Santos-Dumont, daß das Steigen und das Fallen bei dem Ungewohnten unangenehme Empfindungen auslösen würden, und er fürchtete eine Art Seekrankheit. „Aber ich verspürte nichts dergleichen, kein Schaukeln, kein Schlingern, kein Stampfen. Der Ballon kennt die Bewegung kaum. Es scheint, daß die Bewegungsgefühle vermindert werden. Bei mehreren meiner Fahrten stampfte mein Ballon sehr heftig; aber niemals empfand ich eine Neigung zur Übelkeit. Das Schiff zieht seine Bahn in einer leisen, gleitenden Bewegung. Das Schaukeln ist selten und ungleich schwächer wie auf See, und so langsam, daß man mit der Reflexion der Weite der Kurve folgen kann. Daß Ozeanschiff empfängt sein Stampfen dadurch, daß es abwechselnd aus dem Wasser sich erhebt und zurückfällt. Das Luftschiff verläßt niemals sein Element. Seine einzige Bewegung ist das Streben, die Balance zu halten." Aber das seltsamste Gefühl, ein Gefühl, das man auf Erden niemals kennt, ist das einer vertikalen Bewegungsfreiheit. Santos Dumont nennt es die „vertikale Existenz." „Der Mensch hat keine Empfindung für die Kombination horizontaler und vertikaler Bewegung. Aber seine Bewegungsgefühle beschränken sich auf zwei Dimensionen. Auch die Luftschiffahrt hat noch nicht eine vierte Dimension erschlossen, aber sie gibt uns Erfahrung aus einer supplementären Dimension: der dritten. Und die Empfindungen grenzen ans Wunderbare. Ich finde keine Worte, um die Freude, den Rausch zu schildern, welche durch die freie diagonale Bewegung eines Luftschiffes erzeugt werden, verbunden mit weiten, starken, horizontalen Kurswechseln, die durch die Steuerung ermöglicht werden."

Reiseregeln.

Den guten Ton auf Reisen, Ratschläge für Anfänger von Viktor Ottmann (im „Weltkourier" vom 15. Juli), entnehmen wir folgendes: Nirgends trägt man seine alten Sachen schöner auf als auf Reisen. Nimm also ungeniert deine glänzendste Bureaujacke, deine abgetretensten Stiefel, deine durchgescheuertsten Kragen mit, wenn du in die Ferne ziehst. Wozu auch Sorgfalt im Äußerlichen? Draußen kennt dich ja niemand! Für Paris und London empfehlen sich Wasserlodenmäntel, Hüte mit Spielhahnfedern und nägelbeschlagene Schuhe. Damen sollten niemals vergessen, an ihrem Lodenkleid ein halbes Dutzend Klammern zum Raffen anzubringen — es gibt nichts Graziöseres! Anständige Koffer benutzt nur der Geck. Als vernünftiger Reisender nimmst du einfach ein paar alte braune Pappschachteln, umschnürst sie mit Bindfaden und — fertig ist die Laube! Die Pappschachteln verteile im Coupee hübsch auf beide Netze und mache es dir so bequem wie möglich. Der richtige Reisende versteht es, wenigstens vier Plätze zugleich einzunehmen. Wagt ein anderer, einen Sitz für sich zu beanspruchen, so räume nur sehr, sehr zögernd das Feld und bombardiere ihn mit wütenden Blicken und anzüglichen Redensarten. Begegnet es aber umgekehrt einmal dir, daß dir — Dir! — in einem noch nicht vollbesetzten Kupee nicht sofort Platz gemacht wird, so verfalle in Raserei, rufe Schaffner und Stationsvorsteher und telegraphiere an den Eisenbahnminister. Das Fenster ist dazu da, daß du dich andauernd hinauslehnst und den Mitfahrenden deine sehenswerte Rückseite zu eingehenden Betrachtungen darbietest. Im Hotel heißt es vor allem, fest auftreten. Gehst du nachts über den Korridor, so muß es dröhnen wie der Parademarsch eines Bataillons. Wenn du dich räusperst, muß man es vom Parterre bis zum vierten Stock hören. Wenn du die Stiefel hinausstellst, soll die Erde beben . . . Habe auch den festen Vorsatz, um Himmelswillen nichts Neues zu lernen oder die Berechtigung des Abweichenden anzuerkennen. Der charakterfeste Mann reist nur, um sich in seinen Vorurteilen zu bestärken. Verallgemeinere dein Urteil und äußere es stets in ebenso autoritativer wie dezidierter Form. Erkläre also nach wie vor jeden Franzosen für einen Windbeutel, jeden Engländer für einen rücksichtslosen Patron, jeden Italiener für einen Gauner und jeden Orientalen für einen Bakschischjäger. So wirst du, mein Freund, mit Nutzen reisen und überall den angenehmsten Eindruck hinterlassen.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Maurergeselle Beckmann. Gastwirt Blücher. Oberlehrer am Johanneum Dr. phil. Bode. Arbeiter Bohnsack. Arbeiter Bülow. Gerichtsschreibergehilfe beim Amtsgericht Burmeister. Versicherungsbeamter Drege. Versicherungsbeamter Dreyer. Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter bei der Steuerbehörde Ehrig. Kaffeehausbesitzer Eilnberger. Arbeiter Griem. Arbeiter Groht. Former Hahne. Landmann Jaacks in Malkendorf. Versicherungsbeamter Jäger. Schneidergehilfe Jarchow. Arbeiter Jezorke. Schmiedegeselle Kaeding. Tischlergeselle Kaven. Arbeiter Kessner. Kornwäger Kleve. Katastergeometer Kölsch. Schiffszimmergeselle Krüger. Kaufmann Leonhard. Werkführer Lindenberg. Bezirksschullehrer Maschke in Tramm. Zimmergeselle Matz. Arbeiter Möller. Arbeiter Nagorski. Schmiedegeselle Niemann. Schlossergeselle Paetzel. Zimmergeselle Popp. Eisendreher Ramlo. Schlossergeselle Reimers. Tischler Riessdorf. Arbeiter Rieve. Gärtner Roxin. Heizer Schlichte. Kornwäger Schlichting. Zimmergeselle Schrader. Bäckergeselle Schröder. Arbeiter Schümann. Schmiedegeselle Schütt. Tischlergeselle Schwarz. Schriftsetzer Stallbaum. Bureaugehilfe Teßmann. Tischlergeselle Thesenvitz. Schlossergeselle Volkmann. Zimmergeselle Voss. Bierfahrer Wien. Baumeister Willrich. Arbeiter Woisin. Heizer Zakrzewski.

Dieselben haben am 31. Juli 1907 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Literarisches.

Der Deutsche Turntag in Worms. Eine kritische Beleuchtung von Karl Frey. Unter diesem Titel ist im Kommissionsverlage der Leiziger Buchdruckerei A.G. (Abteilung Buchhandlung) eine äußerst aktuelle Schrift erschienen. Das 32 Seiten umfassende Heft behandelt in kurzen, markanten Zügen den auf dem Turntag in Worms besonders kraß zutage getretenen Gegensatz zwischen Deutscher Turnerschaft und Arbeiter-Turnerbund. Wer noch nicht wußte, daß die Deutsche Turnerschaft eine durch und durch arbeiterfeindliche Körperschaft ist, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt, der lese die Schrift. Aber auch der nichtturnenden Arbeiterschaft kann die Schrift empfohlen werden. Sie ersieht daraus, wie gut es das reaktionäre Bürgertum versteht, unter dem Deckmantel der Körperpflege die Jugend zum sogenannten Patriotismus zu erziehen. Da wird es zur dringenden Pflicht proletarischer Eltern, darauf zu achten, daß ihre Kinder nicht jenen Proselytenmachern in die Hände fallen, die unter Vorgabe, den Körper pflegen zu wollen, die Seele verwüsten. Wir können die Schrift, die in allen Parteibuchhandlungen zum Preise von 10 Pfennig zu haben ist, auf das wärmste empfehlen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.